Gr.-Berlin: Freitag, 19. Okt., Bezirks-Mitglieder-Versammlungen

die staatliche Regelung des Geldwesens und Geldverkehrs. Die Tatsache, daß es verschiedene Währungen gibt, ist eine Seite der Tatsache, daß es nationale Staaten gibt. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung seit dem Beginn des Kapitalismus verlangte nach der Herstellung immer größerer einheitlicher Wirtschaftsgebiete, wie z. B. des deutschen Zollvereins, der als wirtschaftliche Zusammenfassung der Vorläufer der politischen Einigung Deutschlands vor 1871 war. Der Kapitalismus hat als seine größte historische Leistung die Ausbildung der Nationalstaaten gebraucht, deren letzte Ausläufer man noch nach dem Weltkriege in der Bildung eines selbständigen Polen, der baltischen Staaten usw. beobachten konnte. Jeder dieser Staaten bildet in sich eine Art Wirtschaftspolitik aus, die einmal geführt wird im Interesse der herrschenden Klasse und sodann in einem gewissen Maße im Interesse der Unterdrückung, ohne eine allzu offene und allzu zerstörende Form des inneren Kampfes. Es sei daran erinnert, daß der Staat gewiß ein Klassenstaat ist, aber gleichzeitig auch die Aufgabe hat, diesen seinen Charakter als Klassenstaat irgendwie zu bemänteln und zu verhüllen, weil der unverhüllte offene Klassenkampf die Produktion und damit den Bestand der Gesellschaft immer schwer gefährdet. Es liegt im Interesse der herrschenden Klasse selbst, daß ihrem wirtschaftlichen Egoismus und Ausbeutungsbedürfnis gewisse Schranken und Zügel angelegt werden, damit ihr Bestand als herrschende Klasse nicht gefährdet wird. Dies ist einer der dialektischen Widersprüche im Klassenstaate selbst. Die heutige Lage ist jedoch so, daß der Klassenstaat seinen Charakter immer klarer offenbart und gezwungen ist, die Hüllen abzuwerfen. Das deutlichste Zeichen dafür ist jetzt die Verkündung der Diktatur der Demokratie, d. h. eines kompletten Widerspruchs in sich selbst. Zu dieser Wirtschaftspolitik, die der kapitalistische Staat im Interesse der Ausbeutung und der Unterdrückung, also im Interesse des Klassenkampfes führen muß, gehört auch die Währungspolitik.

Zu den Kennzeichen der Nationalstaaten gehört es, daß jeder seine eigene Währung hat. Der Eingriff in die Währung eines anderen Staates ist gleichzeitig ein Eingriff in seine Souveränität, d. h. in die Unbeschränktheit der betreffenden Klasse über ihr Gebiet. So stellt der Versuch, im Rheinlande eine besondere Währung zu schaffen, den wirtschaftlichen Vorläufer einer politischen Loslösung der Rheinlande dar und ist natürlich eine Verminderung der Macht der deutschen Republik über das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Die verschiedenen Landeswährungen standen im Frieden auch in keinem festen Wertverhältnis zueinander. Wenn heute gesagt wird, daß ein Dollar 4,20 Goldmark Wert war, so ist das im großen und ganzen wohl richtig für den internationalen Zahlungsverkehr gewesen, wenn auch dauernd kleine Schwankungen in engen Grenzen vorhanden waren. Wieviel vor dem Weltkriege eine Mark in New York oder ein Schweizer Franken in Berlin wert war, wurde von Tag zu Tag an der Börse festgestellt und ergab sich aus einer großen Anzahl wirtschaftlicher Faktoren, die täglich an der Börse teils gefühlsmäßig abgeschätzt wurden. Auch heute geschieht dies noch dadurch, daß man zahlenmäßig festlegt, wieviel Dollar verlangt, wieviel an einem Tage gekauft und auf der andern Seite verkauft werden. Dieses Verhältnis von Angebot und Nachfrage zusammen mit einer gefühlsmäßigen Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage ergibt jeden Tag die Börsenkurse. Diese wirtschaftlichen Faktoren, die sich in den Kursen der Börse und zugleich in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage ausdrücken, rühren letzten Endes aus dem Verhältnis der verschiedenen Produktionen her, d. h. wenn eine deutsche Firma in Amerika etwas kauft, so mußte sie vor dem Kriege und auch heute noch diese Ware in Dollar bezahlen. Es ist ein vollkommen abnormer Zustand, an den wir uns gewöhnt haben, daß der deutsche Exporteur seine Ware in einer fremden Währung berechnet. Das Normale in der Blütezeit des Kapitalismus ist, daß jedes Land seine Exportwaren in seiner eigenen Währung berechnet, wie z. B. Deutschland früher in Markwährung. Der Engländer, der deutsche Ware kaufen wollte, mußte sich in London an der Börse entweder deutsche Banknoten oder Wechsel auf Berlin kaufen, die auf Mark lauteten. Heute hat man sich sogar unter staatlicher Aufsicht daran gewöhnt, daß der deutsche Exporteur in fremden Valuten (Währungen) berechnet. Das ist absolut abnorm und kommt nirgends auf der Welt ohne weiteres vor. Natürlich hat diese Berechnung der deutschen Exportwaren in fremden Valuten dazu beigetragen, die Verschlechterung der Mark vorwärts zu treiben. Es war ganz klar, daß die exportierende (ausführende) Industrie und der Großhandel, als sie die ersten Anzeichen einer Markverschlechterung verspürten, sich überlegten, ob es nicht vorteilhafter wäre, den Ausländern in ausländischer Währung zu liefern und damit eine Währung hereinzubekommen, die aus dem Grunde gut bleibt, weil sie weder mit einer gebrochenen Wirtschaft, noch mit einem niedergebrochenen Staatswesen verknüpft ist. Geld und Währung sind keine privaten, sondern staatliche Einrichtungen, d. h. daß Geld in diesem Sinne zugleich zur Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse dient, z. B. auch dazu, die Steuern an den Staat zu bezahlen.

Nun hat der deutsche Staat im Verlauf des Krieges die Mittel für die Kriegführung so aufgebracht, daß die Verpflichtung der Reichsbank aufgehoben wurde, diese Papierzettel in Gold einzulösen. Das war ein absolut entscheidender Schritt für das gesamte politische, wirtschaftliche und finanzielle Schicksal des deutschen Reiches. Man hat in allen anderen Ländern, außer Rußland und Oesterreich, die Verpflichtung aufrecht erhalten, die Banknoten, die die betreffende Staatsbank herausgibt, in Edelmetall einzulösen, und man hat zugleich in allen diesen Staaten bestimmte Vorschriften darüber, wieviel Edelmetall im Staatsschatz vorhanden sein muß, damit eine bestimmte Menge von Papiergeld ausgegeben werden darf. Man hat also bestimmte Vorschriften über das Mengenverhältnis zwischen den Banknoten und den in den Kellern der betreffenden Bank lagernden Goldmengen. Das Normale, das die bürgerliche klassische Nationalökonomie als richtig bezeichnete, war die sogenannte Dritteldeckung, d. h., wenn drei Milliarden Banknoten ausgegeben werden sollen, muß eine Milliarde in Gold vorhanden sein. Man sagte sich, daß selbst wenn bestimmte politische und wirtschaftliche Katastrophen entstehen würden und aus diesem Grunde viele Banknoten in Gold eingelöst werden dürften, wahrscheinlich nicht mehr als ein Drittel aller umlaufenden Noten auf diese Weise bei der Bank vorgelegt würden. Wenn die Bank dann in der Lage ist, diese richtig und voll einzulösen, sie für sicher gehalten werden würde, so würde dies genügen, um die Panik zu bannen und das Vertrauen des Publikums zu den Banken zu erhalten, was, solange an diesem Modus oder überhaupt an einem stabilen Verhältnis festgehalten wurde, auch genügte. In Deutschland gibt es jedoch weder eine staatliche Garantie mehr in bezug auf Einlösung der Noten, noch eben überhaupt eine Deckung für dieselben. Die letzten Goldreserven dienten und dienen bekanntlich nur noch dazu, die Papiergeldflut zu bannen, in Wirklichkeit vergrößert sich mit jeder „Stützungsaktion" durch die damit verbundene Verringerung der stabilen Substanz die Kluft zwischen Zahlungsmittelmengen und deren Deckung. Durch die Inflation, die eben nicht aufgehalten werden kann, frißt das deutsche Geld seine eigene Grundlage als Zahlungsmittel auf und eilt mit eiserner Konsequenz seiner eigenen Außerkurssetzung als Zahlungsmittel auch im Inlande entgegen.

Ausland

Der Faszismus in Oesterreich

In allen Ländern, in denen der Faszismus bereits Wurzel gefaßt hat oder sich erst im Entwicklungsstadium befindet, steht dieser in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Angriff des Kapitals gegen die Arbeiterschaft. In Oesterreich erscheint diese Abhängigkeit deutlicher als in den anderen Ländern. Seit der Zeit, als die christlich-nationale Regierung das Schicksal Oesterreichs in die Hand der Entente legte, versucht der internationale Kapitalismus, dieses Land wirtschaftlich zu „heilen". Doch die Bourgeoisie ist keineswegs geneigt, für diese Kur irgendwelche Opfer zu bringen, im Gegenteil: sie versteht es, dabei noch erhebliche Gewinne einzustreichen. In Wirklichkeit werden alle Opfer für die „Gesundung" auf die Schultern des Proletariats abgewälzt.

Der Generalkommissar Zimmermann, der Oesterreich durch den Völkerbund aufgedrängt worden ist, schaltet und waltet im Lande nach seinem Belieben ohne jede Kontrolle. Auf finanziellem Gebiete wird überall das „Sparsamkeitsprinzip" durchgeführt. Die erste Folge dieser Politik war die Entlassung von Arbeitskräften in den Staatsbetrieben zu Zehntausenden. Es wurden unter anderem auch Krankenhäuser und sonstige kulturelle Anstalten geschlossen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde herabgesetzt. Es ist geplant, diese Unterstützung gänzlich einzustellen, obwohl gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen zirka 170 000 beträgt und die der Kurzarbeiter sogar 300 000 übersteigt, bei einer Gesamtbevölkerung von sechs Millionen. Gleichzeitig wurden Steuern erhöht und neue eingeführt. Die Preise sind dadurch enorm gestiegen und ein weiteres Wachsen der Teuerung ist die Quintessenz.

Der Generalkommissar unterstützt natürlich alle Bestrebungen der Unternehmer, den Achtstundentag zu beseitigen. Obwohl die Partei- und Gewerkschaftsführer auf der ganzen Linie zum Rückzug blasen, wagt es die Regierung noch nicht, offen ihr Programm durchzuführen. Dafür aber schafft sie sich eigene Kampforganisationen, die sich aus der Hefe der bürgerlichen Gesellschaft rekrutieren.

Faszistische Organisationen bestehen in Oesterreich schon lange. Aber erst seit kurzem nehmen diese einen einheitlichen Charakter an. Diese Organisationen tragen in einzelnen Gebieten Oesterreichs verschiedene Namen, doch sie haben alle dasselbe Ziel, besitzen dieselben Kampfmethoden und werden aus derselben Quelle finanziell unterstützt. Die faszistischen Organisationen in Tirol sind mit den bayerischen organisch verbunden und erhalten ihre Direktiven direkt von München. Ihre Waffen stammen zum Teil aus den geplünderten Staatsdepots, zum Teil haben sie diese als Konterbande ebenfalls aus Bayern erhalten. Die Hauptführer der Tiroler Faszisten sind Mitglieder der österreichischen Regierung. Desgleichen stehen auch die Salzburger „Vaterlandsverteidiger" mit den bayerischen Faszisten in engster Fühlung. In Oberösterreich versteckt sich der Faszismus unter dem Pseudonym „Selbstschutzverbände". Vor kurzem gelang es den Arbeitern in Linz, ihnen die Waffenlager zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man aus gefundenen Geheimdokumenten, daß sie über eine illegale Militärorganisation verfügen. An ihrer Spitze stehen christlich-soziale und deutschnationale Parlamentsabgeordnete und frühere Offiziere der habsburgischen Armee. In Steiermark nennt sich die Faszistenorganisation „Abwehrbund" zu dem Zweck „einen etwaigen Ueberfall Jugoslawiens abzuwehren". Sie besitzen Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze in größerer Zahl. Dasselbe ist von Kärnten zu sagen, die dortigen „Verbände der Vaterlandsverteidigung" stehen ebenfalls mit Bayern in Verbindung. Die Vertreter des Faszismus in Wien sind die sogenannten „Frontkämpfer", militärisch organisiert und bewaffnet. Ihre Zentralleitung besteht aus einem Stab früherer aktiver Offiziere, Großagrarier, Industrieller und Bankiers, die große Summen für die Unterhaltung dieser Organisation ausgeben. Der Reichskanzler Seipel ist stark an dieser Organisation interessiert.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der sogenannte „Verband für den Schutz der Ordnung und der wirtschaftlichen Interessen". Es ist die erste faszistische Gewerkschaft. Es ist eine militärische „Technische Nothilfe", eine „freiwillige Vereinigung für Männer und Frauen zur Abschwächung der Streikbewegungen". (Bei uns in Deutschland hat sich eine derartige Organisation erübrigt, dies versehen die „freien" Gewerkschaften in vollem Maße. D. Red.) Genannte Organisation teilt die Arbeiter in drei Kategorien: vertrauenswürdige, nichtvertrauenswürdige und gefährliche. Um in den bestreikten Betrieben die „vertrauenswürdigen" Arbeiter (Streikbrecher) zu unterstützen, sollen die „nichtvertrauenswürdigen" auf Vorschlag des Verbandes isoliert, während die „gefährlichen" in Einzelhaft, abgesperrt von jeder Verbindung mit der Außenwelt, gehalten werden müssen. Der Verband soll stets kampfbereit sein. Außer einem namentlichen Verzeichnis der drei bezeichneten Kategorien soll in jedem Betriebe ein Verzeichnis der Mitglieder der „technischen Nothilfe" geführt und neue Mitglieder geworben werden. Diese sollen in den Betrieben verteilt werden, um Spionagearbeit zu leisten.

Im Verhältnis zu den Arbeiterorganisationen sind diese faszistischen Gewerkschaften allerdings schwach und entbehren jeder einheitlichen ideologischen Grundlage. Das läßt sich daraus erklären, daß diese antiproletarische Organisation sozial nicht in einer bestimmten Klasse wurzelt, die durch gleiche wirtschaftliche Interessen vereinigt wird, sondern sich aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten zusammensetzt, wie Beamte, frühere Offiziere, Studenten, politische Abenteurer, indifferente Arbeiter, gedungene Mordgesellen usw. Materiell werden sie nicht nur durch die Banken und die Industrie unterstützt, sondern auch durch die Regierung, was auch aus den Maßnahmen der Regierung gegenüber den Arbeitern hervorgeht.

Auf die vielen Ueberfälle, Bluttaten auf Arbeiter soll hier nicht weiter eingegangen werden. — Doch wie stellen sich nun die Partei- und Gewerkschaftsführer zu den faszistischen Organisationen? Sie halten vor allem die Taten der Faszisten „als eine Zersetzungserscheinung, die der Krieg moralisch mit sich gebracht habe". Zu den Bluttaten der Polizei haben sie folgende Redewendung: „Obwohl diese Beschützer der öffentlichen Ordnung keine Hakenkreuzler sind, sondern vielmehr „Sympathie" für das Proletariat empfinden, so hat doch der schwere Dienst ihr Nervensystem zerrüttet. . ."

Im augenblicklichen Stadium haben Partei und Gewerkschaften alle Hände voll zu tun. Sie „rüsten" zu den im Herbst stattfindenden Parlamentswahlen. Es gilt jetzt wieder der „entscheidende Wahlkampf". —

Genossen! Sammelt bei jeder sich bietenden Gelegenheit für den

Pressefonds!

Die Sammlungen für den Pressefonds sind eines der wichtigsten Hilfsmittel zur Finanzierung Eurer Presse

Verlag der KAPD.

Berlin NO 18, Landsberger Straße 6

Antiquariats-Verzeichnis.

Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bände.
Liebknecht, Reden und Aufsätze.
Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm.
Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung.
Kautsky, Die soziale Revolution.
Bebel, Die Frau und der Sozialismus.
Cunow, Ursprung der Religion und des Gottesglaubens.
Cunow, Die Technik in der Urzeit.
Trotzki, Terrorismus und Kommunismus.
Roland-Holst, Partei und Revolution.
Salomon, Proudhon und der Sozialismus.
Braunthal, Marx als Geschichtsphilosoph.
Simon, Robert Owen und der Sozialismus.
Marx, Lohnarbeit und Kapital. Von Kautsky.
Marx, Das kommunistische Manifest.
Diederich, Lassalle-Brevier.
Luxemburg, Sozialreform oder Revolution.
Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Band I u. II.
Kalet, Briefe aus dem Gefängnis.
Gradnauer, Die deutsche Volkswirtschaft.
Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin.

Schaeler, Ungeratene Kinder. Rätsel für jeden Tag des Jahres.
Nexö, Die Passagiere der leeren Plätze.
Jung, Hunger an der Wolga.
Block, Der Untergang der Humanität.
Barbusse, Das Messer zwischen die Zähne.

Vorstehende Werke und Broschüren sind in 1—5 Exemplaren am Lager. Die Grundzahlen sind zum Teil um mehr als die Hälfte herabgesetzt. — Wir gewähren trotzdem den Genossen Zahlungserleichterungen nach Vereinbarung.

Aus der Partei

Achtung! Wirtschaftsbezirke!

Antrag.

Betr. Erhöhung des Pflichtbeitrages für den Geschäftsführenden Hauptausschuß.

Infolge der äußerst nachlässigen und säumigen Entrichtung der Pflichtbeiträge für den GHA. der KAPD. aus fast allen Wirtschaftsbezirken befindet sich dieser bei der ungeheueren Papiergeldentwertung in dauernde Schuldenwirtschaft und ist infolgedessen nicht in der Lage, auch nur die geringste Tätigkeit im Interesse der Partei auszuüben.

Der GHA. sieht sich daher gezwungen, ab 1. September 1923 den Pflichtbeitrag auf mindestens **20 vH., d. i. ein Fünftel**, des Richtbeitrages von Berlin zu erhöhen, um bei den andauernd steigenden Unkosten aller Art, wie z. B. Porto usw. nicht völlig zur Untätigkeit verdammt zu sein.

Andernfalls sieht sich der GHA. leider außerstande, seine Arbeiten weiter fortzuführen, zumal die Wirtschaftsbezirke bis heute noch nicht die Pflichtbeiträge für Monat September 1923 eingesandt haben.

Dieser Antrag wurde vom Wirtschaftsbezirk Berlin angenommen und wird hiermit allen Wirtschaftsbezirken zur Kenntnis gebracht und zur Annahme vorgeschlagen. Beiträge für den GHA. sind bisher nicht eingegangen für Sept., Okt. 1923: 1. Rheinland-Westfalen, 2. Mitteldeutschland, 3. Sachsen, 4. Wasserkante, 5. Süddeutschland, 6. Thüringen.

Der Richtbeitrag für die zweite Hälfte Oktober 1923 beträgt in Berlin für **Vollarbeiter 150 Millionen**, für **Kurzarbeiter** (bis 4 Tage wöchentlich) **75 Millionen**. Hiervon sind als Pflichtbeitrag für den GHA. **20 vH.** also ¹/₅, für jedes Mitglied **30 Millionen** Mark bzw. **15 Millionen** Mark abzuführen und zwar so rasch wie möglich. Wir müssen, da eine nachträgliche Begleichung zurückliegender Beiträge infolge der Geldentwertung völlig wertlos ist, darauf bestehen, daß die Beiträge sofort abgeführt, resp. der jeweils fällige Betrag der betreffenden Monatshälfte bezahlt wird.

Geschäftsführender Hauptausschuß.

An die Ortsgruppen Rheinland-Westfalens

Wir weisen die Ortsgruppen darauf hin, daß der Pflichtbeitrag für den Bezirk für die zweite Hälfte des Oktober 60 Millionen Mark beträgt. Die Beträge, die für die einzelnen Ortsgruppen in Frage kommen, sind mit den Geldern für Pressefonds, VRUK. und den jeweiligen Umlagen bis zum 10. und 25. jeden Monats an die Bezirksleitung abzuführen.

Die Bezirksleitung.

Mitteilungen

Parteibeitrag für Berlin-Brandenburg.

Der Beitrag für die zweite Hälfte des Oktober beträgt für vollarbeitende Genossen **150 Millionen Mark**. Arbeitende Frauen und 4 Tage arbeitende Genossen zahlen in jedem halben Monat einen halben Beitrag. 3 Tage arbeitende Genossen zahlen im ganzen Monat einen halben Beitrag. — Die entsprechenden Marken sind den Zeitungsobleuten mitgegeben worden.

6. Bezirk. Bezirks-Mitgliederversammlung am Freitag, den 19. Oktober, pünktlich 7½ Uhr abends, im bekannten Lokal. — Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

18. Unterbezirk. Kombinierte Mitgliederversammlung zwischen Partei und Union am Freitag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, in Adlershof, Friedestr. 5, bei Kaiser.

Pressefonds

(Angabe in Millionen von Mark.)

Franke 30, Hamburger Gen. 216, Genossen v. Wilhelmshafen 363, Union-Berlin 288, 2. BO.-Bez. 50, F. H. 100, 6. Unterbezirk 8, 10. Unterbezirk 24.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inh. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iszdonat, O 17.

4. Jahrg. Nr. 81

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 150 Millionen

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Straßenhandel und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen.
Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 40029.

Bezugspreise: Bei Bezug v. einzelnen Exemplaren durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung aufgedruckt. Preise. Zahlung bis 5. bezw. 20. jed. Mts. Holland: 1 holl. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland n. Vereinbarung

Der Totentanz der Republik!

Heraus aus der Passivität, Proletarier!

Die demokratische Republik hat wieder einen Anlauf genommen, um in außerpolitischer Hinsicht Aktivität zu entwickeln. Die Vorbereitungen dazu waren eine Serie Ueberschriften in der deutschen Presse, betitelt: „Das neue Geld", nebst den dazugehörigen Leitartikeln. Zweck der Aufmachung war, erstens im Inlande, den breiten Massen gegenüber, einen Beweis zu liefern, daß man, wenn auch nichts greifbares unternehmen, so doch noch ein Lebenszeichen von sich geben kann. Wer diese Projekte ernst nehmen will: um so besser. Bei dem Tempo, das die galoppierende Schwindsucht eingeschlagen hat, ist es allzu verständlich, wenn der Patient die verdächtigen roten Flecken als Zeichen der „Gesundung" hinzustellen sich bemüht, um so einem operativen Eingriff der Arbeitermassen durch Erzeugung neuer Illusionen abzuwehren. Der zweite Grund war, wie schon erwähnt, Poincaré gegenüber zu beweisen, daß man dem Befehl von wegen Stillegung der Notenpresse und Stabilisierung der Finanzen nun ernstlich zu realisieren gedenkt. Und nachdem so auf dem Papier die nötigen Vorbereitungen getroffen waren, hat sich der deutsche Geschäftsträger von Hoesch zu Herrn Poincaré begeben und dort dargetan, daß man doch im Interesse der „Zivilisation" nun ernstlich einmal miteinander reden müsse, in offizielle Verhandlungen treten müsse, nachdem die deutsche Regierung einwandsfrei bewiesen habe, daß sie an einen Widerstand in irgendwelcher Form und in keiner Weise mehr denke. Als erstes solle man wenigstens erklären, was die deutsche Regierung eigentlich tun müsse, und welches die Vorbedingungen sind, offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung einzuleiten. Herr Hoesch erzählte dort nach dem WTB.-Bericht:

> **daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zersplitterung, Ratlosigkeit und Untätigkeit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Jan., nicht erreichen lassen.**
>
> **Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, diese Finanzierung seinerseits vorzunehmen, und hat im Zusammenhang damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzechen die Arbeit zwar zunächst wieder aufnehmen, aber schon nach wenigen Tagen infolge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufgeben müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reichs eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Subsistenzmittel dem Verhungern gegenüberständen und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzechen abhänge. Die deutsche Regierung sehe diese zwangsläufige Entwicklung klar vor Augen, stehe ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber."**

Worauf Poincaré erklärte:

> „daß ihm die von der Reichsregierung und den Landesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen **gleichgültig** seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn **die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923.** Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. **Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig brächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig.** Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er so lange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei."

Darauf ging Hoesch wieder nach Hause und erstattete Bericht. Zu gleicher Zeit waren auch Herr Stinnes, Klöckner und Vögler in Düsseldorf bei den Besatzungsbehörden und erklärten, daß sie nicht liefern könnten, wenn die Reichsregierung nicht zahlen kann. Daß man also keine Zeit vertrödeln solle mit Leuten, die einfach nichts hätten. Resigniert gesteht man ein, „daß die Ausführungen des deutschen Geschäftsträgers wirksamer gewesen wären", wenn — Stinnes nicht gewesen wäre! An der Börse gab es natürlich wieder allerlei Leben, der Dollar raste auf 10 Milliarden hinauf — weil Stinnes eben war! Der Reallohn der Proleten wurde wieder mit einem Schlage um die Hälfte gekürzt. Die Arbeitslosigkeit wird für die meisten Proletarier geradezu zum Normalzustand. Das Verhungern beginnt! Der Spießer bekommt fein säuberlich die Zahl der Erschossenen jeden Tag aufgezählt, die in ihrer Verzweiflung sich auf ein Brot stürzten, um noch einmal den knurrenden Magen zu füllen. Bald wird der weiße Tod die Knochen all derjenigen erstarren lassen, die sich in den Sommer- und Herbsttagen noch mühsam hinschleppten, der Totentanz beginnt!

„Die deutsche Regierung steht dieser Entwicklung machtlos gegenüber." Damit ist wohl alles gesagt, und dies ist die einzige Wahrheit, die ausgesprochen wurde, wenn auch damit nur ein Drohen mit dem bolschewistischen „Gespenst" gemeint war. Besser gesagt: Es gibt keine deutsche Regierung mehr! Das rheinisch-westfälische Kapital stellte sich der deutschen Regierung zur Verfügung, wenn es noch etwas zu verdienen gibt, und wenn nicht, dann nicht. Bayern rechnet sich noch zur Republik, solange man seine separatistischen Bestrebungen sanktioniert und die demokratische Republik beweist, daß sie nur noch den Deckmantel bildet, unter dem die Flucht aus dem demokratischen Hexenkessel „legal" vor sich gehen kann. Der Versuch der von Moskau ausgehaltenen Kleinbürger, vom Zentrum der demokratischen Republik aus eine „Arbeiterregierung" zur Erhaltung der Reichseinheit zu bilden, wirkt geradezu wie Sprengpulver, und Bayern hat diese „vaterländische Tat" bereits damit beantwortet, daß es die „diplomatischen Beziehungen" abgebrochen hat. Es läge eigentlich nahe — vom Standpunkt der „Arbeiterregierung" aus — diesem Bayern den Krieg zu erklären, ein Gedanke, der die Regierungskunst der Moskauer in ihrer wahren Lächerlichkeit erst zeigt. Die Agrarier haben angekündigt, daß „das Volk bei vollen Scheunen verhungert", und machen es wahr. Die Betriebe werden stillgelegt, kein Mensch weiß, was morgen ist. Der finanzielle Zusammenbruch der demokratischen Republik ist da, und die notdürftige Hinausschiebung des Hungertodes durch Arbeitslosenfürsorge ist sehr bald in Frage gestellt. Ein Keil treibt den andern. Der Zusammenbruch, der bis dato in Etappen vor sich ging, geht unaufhaltsam und in immer rascherem Tempo vor sich. 1918 brach ein militärisches System zusammen und aus diesem Zusammenbruch heraus konnte das Kapital noch einmal auf Kosten des Proletariats seine Profitwirtschaft retten. Heute bricht die Grundlage, birst das Fundament, kracht die Wirtschaft zusammen und droht, das gesamte Proletariat in den Strudel hineinzureißen.

Die Bourgeoisie jedoch ist unfähig, dem Chaos zu steuern. Sie ist die Gefangene ihrer eigenen Ideologie und die Jagd nach dem Profit gebietet ihr, denselben noch aus den Opfern ihres eigenen Bankrotts zu münzen, um die Herrschaft ihrer Klasse, um das Privilegium des Privateigentums an den Produktionsmitteln aufrecht zu erhalten. Eine Wendung der Dinge kann nur kommen vom Proletariat, und nur insofern, daß die Arbeiterklasse die Zwangsläufigkeit eines geschichtlichen Ereignisses zu erfassen vermag und durch die revolutionäre Tat gerade in Deutschland den Dingen eine Wendung im revolutionären Sinne gibt. So lange das deutsche Proletariat sich mit seinem Schicksal begnügt, wird Gleichgültigkeit in der ganzen Welt Trumpf sein. So lange die deutsche Arbeiterklasse ihren eigenen langsamen Untergang als unabwendbares Schicksal hinnimmt, hat sie kein Recht, die internationale Solidarität anzurufen. Erst wenn auf den deutschen Fabriken die rote Fahne weht, erst wenn durch die revolutionären Räte die Produktion beherrscht und durch die revolutionäre Diktatur in Deutschland die Arbeitermassen der Welt aufgescheucht und die Leuchtfeuer der proletarischen Revolution die reaktionäre Finsternis erhellen, wird der Weg frei sein zu einer proletarischen Außenpolitik, wird das internationale Proletariat wählen können zwischen Unterstützung der Revolution oder der Konterrevolution.

Was sich hier in Deutschland abspielt, ist nur ein Teil der internationalen letzten Krise des Weltkapitals, ist der Beweis, daß die Stunde gekommen ist, wo es Pflicht des Proletariats ist, als Klasse auf die geschichtliche Bühne zu treten, um im letzten Kampfe die Entscheidung zu erzwingen. Jeder weitere Tag bedeutet weitere Verpestung des eigenen Ichs, weitere Preisgabe der eigenen Prinzipien, weiteres Verfaulen im nationalistischen Sumpf, weiteren Selbstmord, darum:

Heraus aus der Passivität!
Politischer Massenstreik!
Sturz der kapitalistischen Gesellschaft!
Rätedeutschland! Weltrevolution!

Das Ende der Welt

Die bürgerlichen Blätter, einschließlich der sozialdemokratischen, haben sich seit einigen Jahren daran gewöhnt, ganz gedankenlos alle Augenblicke zu schreien: es ist halb Zwölf — es ist Viertel vor Zwölf — es ist die letzte Minute vor Zwölf. Wenn es nach diesen Leuten ginge, so müßte es längst Zwölf oder vielmehr ein oder zwei Uhr ein, was sie sich etwa so vorstellen, daß die großen Städte nahezu ausgestorben sind, die Fabriken abgebrannt, die hungernden Klassen aufgelöst in Räuberbanden, die das Land durchziehen, drei Viertel des Landes von der Entente besetzt usw. usw. Vielleicht stellen sich's die guten Leute auch noch anders vor. Wer kann genau wissen, wie es in bürgerlichen Gehirnen aussieht.

Nun ja. Aber eins kann man freilich sehen: daß sie sich alle nicht vorstellen können, zu welchen Formen und welchem Umfang der Niederbruch des deutschen Kapitalismus sich noch auswachsen kann. Sie haben seinerzeit gedacht: wenn die Franzosen ins Ruhrgebiet marschieren, dann ist das Ende der Welt da. Dann: wenn der passive Widerstand zusammenbricht — das Ende der Welt.

Nun, die Franzosen sind einmarschiert; der passive Widerstand ist zusammengebrochen, die Papiermark steht etwa auf 2½ Milliarden für eine Goldmark — und wo bleibt das Ende der Welt? Die gesamten kleinbürgerlichen Gehirne und ganz besonders die der Sozialdemokraten, stehen sprachlos vor zwei Rätseln: erstens, wie ist es möglich, daß es immer noch schlimmer wird, ohne daß jemand etwas dagegen tut — und zweitens, wie ist es möglich, daß das Leben immer noch weiter geht, obwohl es immer schlimmer wird. — —

Der Zeitpunkt, an dem diese Blätter erscheinen werden, wird ein kritischer Moment, wenn vielleicht nicht erster, so mindestens zweiter Ordnung sein. Nicht so sehr vielleicht wegen Sachsen, Bayern und so. Aber mit dem 20. Oktober hören die Lohnzuzahlungen der Reichsregierung für das besetzte rheinisch-westfälische Gebiet auf.

Die Grubenbesitzer haben bei der deutschen und der französischen Regierung versucht, zu erreichen, daß ihnen der achtstündige Arbeitstag unter Tage und der zehnstündige für Uebertagsarbeit zugestanden wird. Außerdem haben sie durch Anschlag in den Werken direkt das gleiche zu erreichen versucht. Diese Versuche sind gescheitert.

Die deutsche Regierung konnte nicht nachgeben, teils, weil sie im besetzten Gebiet nichts zu sagen hat, teils, weil sie nicht wagen konnte, die Unterstützung der Gewerkschaften zu verlieren, die Anspruch auf das Verkaufsmonopol für die Ware Arbeitskraft erheben.

Die französische Regierung hatte kein Interesse daran nachzugeben, da sie weiß, daß ihr, wenn sie zu warten versteht, im Lauf der Entwicklung die Dinge von selbst in den Schoß fallen. Wenigstens glaubt sie das. Was für Dinge ihr da in den Schoß fallen werden, das wird sie ja erst später richtig würdigen können.

Inzwischen hat nun die deutsche Regierung versucht, direkte Vereinbarungen mit der französischen Regierung über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu erzielen. Sie ist damit bis jetzt gleichfalls gescheitert.

Der Effekt ist, daß nunmehr die sämtlichen Grubenbesitzer erklären, daß sie ohne Kredite für die Lohnzahlung — und dahinter verbirgt sich außerdem noch die Verlängerung der Arbeitszeit — nicht imstande sind, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten, und daß sie daher ihre sämtlichen Arbeitssklaven entlassen müssen. Sie sehen sich also gezwungen, schon das letzte taktische Mittel anzuwenden, das ihnen die rettende Aufnahme in den französischen Wirtschaftsverband erreichen helfen soll. Sie erklären ganz trocken: wenn ihr uns nicht die Mittel und Wege an die Hand gebt, unsere Betriebe lohnend weiterzuführen — Kredite für Lohnzahlungen, Kredite für Reparationslieferungen, verlängerte Arbeitszeit — so liefern wir die Millionen von Arbeitern in dem von euch besetzten Gebiet schutzlos von heut auf morgen dem gewöhnlichen brutalen Hunger aus. Seht ihr dann zu, wie ihr mit den Folgen fertig werdet.

Wie gesagt: ein taktisches Mittel. Denn so einfach ziehen sich die Grubenherren nicht von ihrem Besitz zurück. Sie sind sich schon klar darüber, welche Entwicklung durch solche Drohungen — und sogar durch den Anfang ihrer Verwirklichung — gefördert wird. Sie sehen ihre Rettung zunächst in der Entwicklung zur Separation, in der „Autonomie" des Industriegebiets.

In dieser Richtung wirken zur Zeit die verschiedensten Kräfte. Die offenen, vom französischen Imperialismus bezahlten Separatisten vom Schlage der Dorten, Smeets usw. sind nicht einmal der wichtigste Faktor dabei; ihre Hauptkraft beruht wohl auf dem Mitläufertum von Proletariern

denen es hauptsächlich darauf ankommt, eine Knarre in die Hand zu bekommen.

Viel wichtiger ist die Strömung, die auf eine „freundschaftliche" Separation hinarbeitet, die also glaubt, die Loslösung so vollziehen zu können, daß man ein freundschaftliches Anlehnungsverhältnis zum Reich dabei festhält. In dieser Richtung arbeiten im Stillen starke Kräfte der christlichen Gewerkschaften und des katholischen internationalen Klerus. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß diese Richtung Anhänger in der regierenden Koalition hat.

Schließlich bleibt eine — man kann von hier aus nicht klar sehen, wie starke — Bewegung in der Arbeiterschaft, weit hineinreichend ins sozialdemokratische Lager, die sich darauf vorbereitet, Verzweiflungsaktionen zu unternehmen; mit welchem Ziel, mit welcher Ideologie, ist nicht erkennbar.

Mit unwiderstehlicher Kraft drängen alle diese Bewegungen, drängt vor allem die überlegene Taktik der Stinnes-Leute, auf das „Ende der Welt" — d. h. auf die Loslösung des wichtigsten deutschen Industriegebiets vom Restgebiet. Mit oder ohne Wissen treiben sie alle die Dinge vorwärts, selbst getrieben von den gewaltigen Kräften des Produktionszerfalls und der Klassengegensätze, vorwärts bis zu dem Punkt, wo sich die Fronten aufs neue klar gegeneinanderstellen müssen, wo die Massen mit gewaltiger Beschleunigung aufeinanderprallen.

Punkt für Punkt hat die KAPD. mit ihren Analysen und Voraussagen recht behalten. Sie wird auch damit recht behalten, daß die Versuche, den unlösbaren Ruhrkonflikt auf kapitalistischer Basis zu lösen, ebensoviele Schritte vorwärts zum Ende der bürgerlichen Welt sind, und daß die Zerschlagung der Ebertrepublik, die am Ende dieser Entwicklung steht, zugleich die Geburtsstunde einer neuen revolutionären Epoche auf höherer Stufenleiter sein wird.

Das Bürgertum sorgt unermüdlich für die Voraussetzungen der Revolution. An den revolutionären Arbeitern ist es, doppelt unermüdlich für Bereitschaft, Klarheit, Stoßkraft der Arbeiterklasse zu sorgen.

Wenn es schon um eine so herrliche Sache geht, wie das Ende der Welt des Kapitalismus, so sollten die Kräfte der Zukunft denen des Vergangenen nichts schuldig bleiben wollen.

Nein, wirklich. Wir haben vieles heimzuzahlen. Wir wollen nichts schuldig bleiben.

Rundschau

Die „Aktion" der Gewerkschaften

Aufgescheucht, nicht von der Not und dem Elend, das unter dem Proletariat wütet, sondern von der Angst, daß durch diese Zustände die Proletarier einmal aus ihrer Ruhe aufgescheucht werden könnten, fanden sich am Mittwoch, den 17. Oktober, die „Spitzenorganisationen" der Gewerkschaften zusammen. Man hat natürlich „Stellung genommen" zur „Wirtschaftsnot". Und wie! Man tut am besten, man läßt die Leute selbst reden, denn ungeheuerlicher und drastischer wie die dort versammelten Größen ihre „Politik" an den Pranger stellten, vermöchte dies auch die kühnste Phantasie nicht. Der Bericht beginnt laut „Vorwärts" vom 17. Oktober folgendermaßen:

„Den Vorsitz der Versammlung übernahmen die drei Vorsitzenden der Spitzenorganisationen, Leipart vom ADGB., Aufhäuser vom AfA-Bund und Falkenberg vom ADB.

Leipart eröffnete die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, in der er betonte, daß die Vertretung der Regierung nicht ganz den Wünschen der Gewerkschaften entspreche, da keiner der Minister selbst erschienen sei. Immerhin habe der Reichsarbeitsminister noch sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Leipart wies darauf hin, daß die Tagung in einer furchtbar ernsten Stunde stattfindet. Die Aufgaben der Gewerkschaften seien zweifacher Art: sie wollen an die Regierungen und an die gesamte Oeffentlichkeit **Worte der Mahnung, an ihre Mitglieder und auch an die Regierung Worte der Ermutigung und Stärkung hinausklingen lassen.** Wenn auch die Regierung in ihrer Gesamtheit zweifellos über die Lage des Volkes genügend informiert sei, so sei es doch nicht überflüssig, wenn aus dem Munde der Vertreter der großen Spitzenorganisationen die Lage noch einmal geschildert würde. Diese Gewerkschaftsführer dürften aber nicht mit den Interessenverbänden ver-

Oeffentliche Versammlungen

Dienstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr.

Zentrum: Boekers Festsäle, Weberstr. 17;

Britz, Chausseestraße.

Thema:

Der Zerfall der Republik und das revol. Proletariat.

glichen werden, wie sie täglich an die Regierung heranträten. **Die Gewerkschaften, die manchmal in schwierigen Augenblicken von der Regierung berufen und auch stets eingesprungen sind, seien dazu auch heute bereit. Sie seien überzeugt, daß die Regierung den guten Willen habe, die Schwierigkeiten zu meistern.** Immerhin wäre es zweifellos möglich gewesen, aus der Fülle der Vorschläge der Gewerkschaften manches frühzeitiger herauszugreifen, als es geschehen sei. „**Wir stellen uns der Regierung zur Verfügung,**" so erklärte Leipart, „**um sie zu stützen, soweit das mit unseren schwachen Kräften möglich ist.** An unsere **Mitglieder** aber richten wir die Mahnung, **nicht ungeduldig zu werden, obgleich diese Ungeduld berechtigt ist, und nicht den Glauben an den guten Willen der Gewerkschaften zu verlieren.** Es herrscht eine große Unzufriedenheit in den Reihen unserer Mitglieder: Man macht den Führern den Vorwurf, daß sie nicht den genügenden Einfluß gewonnen hätten. Aber es ist in der letzten Zeit den Gewerkschaften eine Macht zugemutet und es sind daraus Erwartungen gezogen worden, **die weit über das Maß hinausgegangen sind.** Trotz der Zahl unserer Mitglieder hat die Macht der Gewerkschaften ihre Grenzen. Wir wollen **nicht** die Politik **beherrschen** oder die politischen Parteien verdrängen, wir haben auch **nie** eine **Nebenregierung** der Gewerkschaften aufrichten wollen. In der Begrenzung aber haben wir getan, was möglich ist, das soll man bei aller Kritik auch anerkennen."

Die gesamte Tagung bewegte sich in demselben Geiste. Es kam später auch die Regierung zu Wort durch den Arbeitsminister Braun, der von einer „energischen Gesetzgebung gegen die Trusts und Kartelle redete. Bernhardt von der „Vossischen Zeitung" und Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hirsch sprachen über Währungsreform, und zum Schluß meinte Aufhäuser: „Wir haben keinen Anlaß, verzweifelt in die Zukunft zu sehen." — Solange die Proleten natürlich den Hohn nicht merken, mag Aufhäuser recht haben. Im übrigen dürfte ein Kommentar d a z u verdammt überflüssig sein.

Frankreichs Weg

Nach Zeitungsmitteilungen hat der französische Senator Beranger den rumänischen Journalisten erklärt, daß seine Reisen nach Rumänien, Südslawien, Polen und der Tschechoslowakei den Zweck habe, die Bedingungen einer Gesamtanleihe von 800 Mill. Francs festzustellen, die zum Ausbau der Rüstungen Verwendung finden sollte.

Der französische Imperialismus ist gezwungen, zur weiteren Verfolgung der Politik, die er im Interesse seines Schwerkapitals begonnen hat, seine Kräfte immer schärfer anzuspannen. Ein Nachlassen der Anspannung würde einer Niederlage gleichkommen.

Aber die Anspannung selbst führt ebenso sicher ins Nichts. Nach Berechnungen englischer Fachleute verschlingt heute schon die Zinszahlung für die Anleihen 60 vH., also mehr als die Hälfte der französischen Staatseinnahmen. Trotzdem muß Frankreich immer weiter pumpen. Der Zeitpunkt liegt nicht mehr fern, wo der französische Kapitalismus gezwungen ist, die gleiche Inflationspolitik in sein Geldwesen einzuführen, die wir in Deutschland erlebt haben. Denn er kann es nicht dazu kommen lassen, daß der Zinsendienst 100 vH., also die gesamten staatlichen Einnahmen verschlingt. Und da er eine ergiebige Steuerpolitik gegen sich selbst ebenso wenig durchführen kann wie der deutsche Kapitalismus, so bleibt schließlich nur noch die Ausgabe ungedeckten Papiergeldes übrig. Dieses Ereignis, das wir binnen kurzem erleben dürfen, trifft auf eine schon geschwächte Währung, denn der französische Franken ist nicht einmal mehr ein Drittel des schweizerischen wert.

Auch an diesem Punkt kann man die unlösliche Abhängigkeit des französischen Kapitalismus vom Schicksal des deutschen erkennen. Das einzige Ereignis, das Frankreich vor dem Währungszerfall mit all seinen Folgen noch retten könnte, wären sehr ausgiebige deutsche Reparationszahlungen — also das Unwahrscheinlichste, was man sich denken kann. Denn der einzige Faktor in Deutschland, dem man den ehrlichen Willen zutrauen kann, solche Zahlungen aus den Knochen der deutschen Proleten herauszuschinden, die KPD., ist zugleich durch Unfähigkeiten davor geschützt, dieses Programm zu realisieren.

Bürgerliche Offenheiten

Die B. Z. am Mittag vom 16. Oktober brachte eine „Plauderei" ihres Leipziger Mitarbeiters, betitelt „Die Plünderer an der Pleiße". Man weiß nicht, was man an diesem Produkt mehr bewundern soll, die unverschämte Verhöhnung der Hungernden oder das unbegrenzte Gefühl bürgerlicher Sicherheit. Man muß das gelesen haben:

„Die Leipziger Hungerkrawalle sind ungemein charakteristisch für dreierlei: für Zermürbtheit und ungeheuere Langmut, die der deutsche Mensch in den vielen Elendsjahren gelernt hat; für die bis zur Temperamentlosigkeit gesteigerte deutsche Geduld, hier noch verstärkt durch das sächsische Gemüt, das sich niemals durch ein Uebermaß an Temperament ausgezeichnet hat; und schließlich zeigt sich in erfreulichster Weise, wie sehr die Gesittung des Menschen fortgeschritten ist, da selbst der Hunger die tierischen Gewalten nicht zu entfesseln vermag. Wäre der Mensch noch so wie im Dreißigjährigen Kriege und in der großen französischen Revolution — Sengen und Morden wäre in Deutschland an der Tagesordnung. Hunger und Not sind sich gleichgeblieben, aber der Mensch hat auf dem Wege der Zivilisation einige Schritte vorwärts getan.

Wenn man die Menschen sieht, die in Trupps durch die Straßen streifen, an der Markthalle und den Läden stehen, kann man nicht zweifeln: hier ist Hunger. In ihren Augen flackert der gewisse Blick des Tiers, nicht der wilde, wütende, sondern der geduldige, hungergewohnte Blick. Nicht alle, die mitmachen und mitnehmen, hungern; aber sicherlich hungern die Arbeitslosen, wenn ihre ausschließliche Einnahmequelle die Erwerbslosenunterstützung ist, die heute nur noch Pfennige zählt. Diese Arbeitslosen sind die Seele und die Organisatoren der Plünderung. Denn die Plünderung ist, zumal hier im ruhigen Sachsen, kein roher Willkürakt, sondern geht nach Regeln und Grundsätzen vor sich. Die landesübliche Temperamentlosigkeit wird durch den Hunger nicht aufgestachelt, sondern nur noch verstärkt. Der Anblick der entbehrten Ware entfesselt keinen Sturm, der sich blindlings auf die Schaufenster stürzt, sondern man verhandelt, man setzt „Kommissionen" ein, die mit „Vollmachten" ausgestattet werden, man steht Schlange an zum Plündern (Schlange stehen hat ja jeder Deutsche zur Genüge gelernt), man zeigt seinen Ausweis — die Stempelkarte der Arbeitslosen — und höchstens droht man: „Gib Ware raus, oder wir mausen sie dir!" „Mausen", wie gemütlich-harmlos-familiär das klingt! Und wenn der Händler sich bereiterklärt, ein paar Zentner Margarine und Fett gratis zu verteilen, dann tritt ein Ordner in Erscheinung (in Deutschland tritt stets ein Ordner in Erscheinung, wenn etwas los ist), und die Plünderer stellen sich, wie sich's gehört, in Reih und Glied und nehmen die Plünderware, ein Pfund Margarine oder zwei Semmeln, mit Dank in Empfang. Schon die Geringfügigkeit des Objekts bezeugt die unsägliche Not, Langmut und Bescheidenheit der Leipziger Plünderer. Ein Korb Aepfel, den ihnen eine bedrohte Feinkosthandlung hinwirft, genügt als Lösegeld und besänftigt die Gemüter. Und derweil sich die Menge um die Aepfel balgt, sausen die Rolläden nieder . . . . Ein Lagerraum wird geplündert. Wie geschieht das? Gegen Vorzeigung der Arbeitslosenkarte nimmt man einen Schweinskopf zu dem allerdings horrenden Vorzugspreis von 50 Millionen Mark entgegen: der Betrag, so versichert der Anführer, soll bei der nächsten Unterstützungsauszahlung in Abzug gebracht werden. Jawoll, Ordnung muß sind"

Der Zeilenschinder, der das geschrieben hat, ist natürlich auch ein Prolet, nur will er davon nichts wissen. Aber man kann ihm, ungeachtet der schmierigen Gesinnung, die er zu Markte trägt, nur dankbar sein, wenn er den Proleten einmal zu bedenken gibt, was für geduldige Schafe sie noch immer sind.

Bruch in Bayern

Die Abberufung des Generals v. Lossow ist am Freitag durch den Reichswehrminister offiziell erfolgt.

Die bayerische Regierung hat daraufhin nicht nur den Rücktritt des Reichswehrministers Geßler gefordert, sondern auch die Reichsregierung außerdem wissen lassen, daß sie in Zukunft jeden dienstlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister ablehnt.

„Die Reichsregierung hat wochenlang sogar auch auf die Anwendung des mildesten Mittels verzichtet. Und Herr Geßler hat in aller Stille zu ordnen und zu schlichten versucht. Wochenlang hat man überlegt, ob man zur Abberufung des Generals v. Lossow schreiten sollte, die gerade von militärischer Seite wegen Nichtausführung eines Befehls für notwendig gehalten wurde. Man hat, wenn wir recht unterrichtet sind, Herrn v. Lossow nahegelegt, freiwillig zurückzutreten. Kurz, die Reichsregierung hat sich im Streit mit Bayern benommen wie ein geduldiger Heiliger in einer frommen Legende. Sie hat nur Streiche hingenommen und keine ausgeteilt."

Mit diesen Sätzen kennzeichnet der „Vorwärts die Politik der Reichsregierung. Es braucht wohl nicht ausdrücklich betont werden, daß der „Vorwärts" diese Politik für besonders klug hält, und ganz erstaunt darüber ist, daß die Proletarier diesen Geßler nun nicht zu den ihrigen zählen, wo doch die „Reaktion" demselben den Krieg erklärt. Die Proletarier hätten nach dieser Logik also weiter nichts zu tun, als zu brüllen: „Hoch die große Koalition, hoch Geßler, hoch die Sozialdemokratie — hoch — hoch — hoch!" — Schade nur, daß die Spottgeburt der „großen Koalition" nun gezwungen ist, zu diesem Reichszerfall Stellung zu nehmen und zu entscheiden, was sie den Herrn v. Lossow, mit dem sie den Bock zum Gärtner gemacht hat, nun eigentlich zu beginnen gedenkt. Es ist ungeheuer! Der Kampf für die Reichseinheit ist faktisch zu einem Kampf gegen Bayern geworden, und die „Reichseinheit" ist faktisch nur wiederherzustellen um den Preis der Legalisierung des Hitlerkurses. Daß die Sozialdemokratie das „kleinere Uebel" schluckt und die Legalisierung des bayerischen Faszismus vorzieht, ist selbstverständlich. Der „Vorwärts" meint, daß dies die „geschichtliche Entwicklung". Wohl darum, weil ein Kleinbürger seine eigenen eingebildeten Illusionen eben für Geschichte hält. — Tatsächlich bricht jetzt die Krise der demokratischen Republik offen auf und jeder Versuch, sie mit kapitalistischen Methoden zu beheben, muß scheitern und dieselbe weiter verschärfen, und nur die revolutionäre Initiative des Proleatriats, die die vermorschte Grundlage hinwegfegt, vermag auf proletarisch-kommunistischer Grundlage mit Hilfe der revolutionären Diktatur die revolutionäre Einheit zu schaffen, die soweit reichen wird, soweit durch die Flammen der proletarischen Revolution die bürgerliche „Kultur" versengt und verbrannt ist.

Die Ordnung herrscht!

6 Tote, 16 Verwundete in Mannheim.

Mannheim, 18. Oktober. (WTB.) Bei den gestrigen Teuerungsunruhen waren sechs Todesopfer zu beklagen. Nach der Mitteilung des städtischen Krankenhauses sind gestern 16 teils Schwer-, teils Leichtverwundete eingeliefert worden. Der badische Innenminister hat über Mannheim den Ausnahmezustand verhängt.

München.

München, 18. Oktober. (WTB.) Bei den Erwerbslosenunruhen in Neustadt (Pfalz) wurden 18 Personen verletzt, davon ist eine gestorben. General de Metz ordnete wegen der Unruhen Sperrungen des Straßenverkehrs an und erließ ein Verbot von Versammlungen.

„Sowjet"sachsen.

Plauen.

Plauen i. V., 17. Oktober. (Eca.) Hier kam es heute, als die Sicherheitspolizei einen Zug Demonstranten aufhalten wollte, zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und dem Publikum. **Die Polizei machte dabei von Gummiknüppeln Gebrauch.** Ein Beamter gab auch einen Schreckschuß ab. Am Nachmittag haben die Ansammlungen in der Stadt ihren Fortgang genommen. Es wurden, genau wie im Anfang der Woche in Leipzig, Bäcker- und Fleischerläden geplündert. Die Plauener Bäckerinnung hat der Polizei mitgeteilt, daß sie die Herstellung von Backware einstellen würden, wenn die Plünderungen andauern.

Dresden.

„Volkswacht" vom 20. Oktober. (Organ der KPD.) Die ungeheure Preissteigerung hat gestern zu erregten Kundgebungen der Dresdener Bevölkerung geführt. In den Markthallen und auf den Straßen sammelten sich Arbeitslose und Hausfrauen. In einer Markthalle wurde die zu wucherischen Preisen angebotene Margarine an die Menge verteilt. General Müller hatte die Sipo gegen die Demonstranten eingesetzt. **Die Sipo ging mit Gummiknüppeln und Reitpeitschen gegen die Menge vor; sogar Frauen wurden mit Reitpeitschen mißhandelt. Heute dauern die Ansammlungen fort.**

Thüringen.

Weimar, 18. Oktober. (WTB.) In der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages erklärte Staatsminister Frölich für die neugebildete thüringische Landesregierung zu dem Vorfall in Meiningen am 13. Oktober, die Reichswehr sei von der Polizei nicht zu Hilfe gerufen worden. (Es handelt sich um Hungerkrawalle mit den üblichen Toten u. Verwundeten. R.) Heute wurden die Opfer zur letzten Ruhe bestattet. Die Regierung bedauere die **Opfer, die ohne das Eingreifen der Reichswehr vermieden worden wären. Den Hinterbliebenen spreche die Regierung ihre Teilnahme aus; sie werde alles tun, um Klarheit über den Vorgang zu schaffen** und nicht ruhen, bis der Ausnahmezustand beseitigt sei.

Karl Liebknecht in den Novembertagen 1918

(Sein Wirken vom Tage der Entlassung aus dem Zuchthause in Luckau bis zum 9. November.*)

Die Berliner Gewerkschaftskommission unter Leitung des Abgeordneten Alwin Körsten hatte zum 22. Oktober 1918, abends 8½ Uhr, nach dem Berliner Gewerkschaftshause eine Versammlung sämtlicher Groß-Berliner Gewerkschaftsfunktionäre einberufen. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war nur zu zwei Dritteln mit Gewerkschaftsfunktionären, besonders vorwiegend besoldeten Funktionären, besetzt, denn die Kriegsdurchhaltepolitik und das diktatorische Vorgehen der Gewerkschaftsführer hatte zum größten Teil die unbesoldeten Funktionäre von der Versammlung ferngehalten. Zur Tagesordnung stand wieder einmal ein Vortrag für die Durchhaltepolitik. Plötzlich verlangte Genosse Paul Eckard das Wort zur Geschäftsordnung. Körsten, der Versammlungsleiter, versuchte mit seiner ganzen Kraft und Weisheit den Genossen am Reden zu verhindern, aber die nur sehr kleine Zahl der revolutionären Funktionäre setzte sich durch und Genosse Eckard kam zum Wort und sagte: „Ich habe den Kollegen die Mitteilung zu machen, daß am 23. Oktober, nachmittags 5 Uhr, auf dem Anhalter Bahnhof unser Genosse Karl Liebknecht aus dem Zuchthaus Luckau eintrifft."

Diese nur kurze Mitteilung brachte alle Versammlungsteilnehmer in Aufregung. Schimpfworte und Fäuste wurden gegen die revolutionären Funktionäre erhoben. Diese nur wenigen, sangen die „Internationale", und die Versammlung hatte ihre Tagesordnung nicht erledigt.

Am 23. Oktober, zwischen 4½ und 5 Uhr nachmittags, setzten sich die Proletarier Berlins aus den Betrieben in Bewegung. Der große Platz vor dem Anhalter Bahnhof und sämtliche Nebenstraßen waren mit Arbeitern und Arbeiterinnen stark besetzt. Auch das Berliner Polizeipräsidium hatte zum Empfang von Karl Liebknecht eine großes Aufgebot der Berliner Schutzmannschaft zu Fuß und zu Pferde entsandt. Selbstverständlich waren auch die „Greifer" in ansehnlicher Stärke unter den Demonstranten verteilt.

Da wird von den Beauftragten des Berliner Polizeipräsidiums unter den Demonstranten das Gerücht verbreitet, der Eisenbahnzug mit Karl Liebknecht werde zum Görlitzer Bahnhof umgeleitet (Anhalter und Görlitzer Bahnhof liegen räumlich zirka 1 Stunde auseinander); aber ein Eisenbahnbeamter machte uns die bestimmte Mitteilung, daß der Zug nur zehn Minuten Verspätung habe und Karl Liebknecht sich im Zug befinde. Von Mund zu Mund wurde diese Parole schnell weitergegeben, und die Berliner Proletarier standen wie eine Mauer und warteten auf ihren Karl Liebknecht. Der Zug läuft in die Bahnhofshalle ein; die Polizei setzte sich kampfbereit mit gezogener Waffe in zwei- bis dreifacher Postenkette in die Sättel. Karl Liebknecht wird von Soldaten getragen, von dem demonstrierenden Berliner Proletariat mit nicht endenwollenden Hochrufen auf Karl Liebknecht und die Revolution empfangen. Karl Liebknecht sprach zu den Demonstranten und seine Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Die zwei- bis dreifachen, stark bewaffneten Postenketten wurden von dem Massendemonstrationszug durchbrochen und hinweggefegt. Die Polizeioffiziere versuchten immer und immer wieder, die Schutzleute anzufeuern, in die Massen einzuhauen, aber alle Mühe war vergebens. Der ernste Wille der Berliner Proletarier war heute Sieger. Der Demonstrationszug hatte den Potsdamer Platz erreicht; an derselben Stelle, wo Liebknecht am 1. Mai 1916, abends 7½ Uhr, seine gewaltige Rede gegen den Krieg gehalten hatte und wo seine Verhaftung erfolgte, begann Karl Liebknecht zu reden. Ein Kutscher einer Speditionsfirma mit seinen starken Arbeitsarmen hob mit einem Ruck Karl Liebknecht auf seinen beladenen Speditionswagen und seine Bärenstimme gab in schlichten Worten bekannt: „Alles hat zu schweigen, Karl Liebknecht redet." Und nun hielt der große mutige Kämpfer genau dieselbe Rede, wie am 1. Mai 1916, nur noch mit viel wuchtigeren Tatsachen beweisenden Anklagematerials gegen den imperialistischen Weltkrieg. Die Masse der Proletarier, viele darunter im Soldatenrock, ließen den Ruf ertönen: „Nieder mit dem Krieg und der Regierung!" Mit Karl Liebknecht war am 23. Oktober 1918 wieder revolutionäres Leben in Berlin eingezogen.

Ueber zwei Jahre lange Zuchthausqualen hatten den Körper unseres guten Freundes stark mitgenommen. Ruhe zur Erholung gab es keine, sein Geist war gesund und sein Wille war: „Vorwärts mit der Bewegung." Schon am 24. Oktober, also am anderen Tage, ganz in der Frühe, sieht man Karl Liebknecht vor den Eingangstüren der Berliner Großbetriebe zur Beobachtung der Stimmung der Fabriksklaven. Des Abends geht es in die Betriebsversammlungen; solche hatten die revolutionären Betriebsobleute zu jener Zeit häufig einberufen. Am 25. Oktober erschien Karl das erste Mal in der illegalen Sitzung der revolutionären Obleute der Berliner Großbetriebe, nun griff er in das Rad zur Vorbereitung der Revolution recht geschickt und tüchtig ein, was von den meisten Obleuten mit Freuden begrüßt wurde. Den Leisetretern und Verwässerern der Revolution (Revolutionsmaulhelden) war dieses sehr unangenehm, aber in der Gegenwart von Liebknecht schwiegen diese „Helden".

Am 31. Oktober, abends 8½ Uhr, sollte in Lichtenberg (ein Vorort von Berlin) eine außerordentliche, wichtige, beschließende Sitzung der revolutionären Obleute stattfinden. Die Berliner Kriminalpolizei hatte von dieser Sitzung Wind bekommen und ein starkes Aufgebot von Kriminalschutzleuten nach dort beordert, um die Sitzung auszuheben. Sonderbare „Gestalten" frugen auf der Straße und in den Wirtschaften der in Frage kommenden Gegend, ob jemand Liebknecht beobachtet oder gesehen hätte. In einem Lokal kamen drei Frauen hinein, nahmen neben den Tisch, wo Liebknecht saß, Platz und erzählten sich, daß der Hauswirt ihres Hauses von der Kriminalpolizei den Auftrag bekommen habe, in seinem Hause gut Obacht zu geben, ob nicht Liebknecht oder führende Spartakusleute, die mit Liebknecht in Verbindung stehen, in seinem Hause verkehren. Nur mit Mühe und Not ist Karl Liebknecht diesen Abend der Verhaftung entgangen. Fluchtartig, auf vielen Umwegen, stark verfolgt, kam Karl Liebknecht nachts 12½ Uhr in dem Vorort Alt-Stralau an, der dort in einer Sackgasse ausläuft, wo der Rummelsburger See in die Spree mündet. Die Bassermannschen Gestalten huschten an uns vorbei; wir hatten uns nämlich einquartiert im „Freien" unter einem alleinstehenden Baum. Die Greifer kamen den Weg zurück, und aus ihrer Unterhaltung waren die Worte zu entnehmen: „Wer weiß, wo diese Lumpen, die Verbrecher stecken; hätten wir den Zuchthäusler bekommen, eine Kugel wäre ihm sicher durch den Schädel gegangen." Nun verließen wir unsere gastreiche Stätte. Wo nun hin? Es gab nur einen Ausweg, über die Spree nach Treptow oder über den Rummelsburger See nach Lichtenberg zurück. Nach kurzem Besinnen wählten wir den ersteren Weg. Zur Ueberfahrt über die Spree sollte ein Kahn requiriert werden. Liebknecht erhob hier heftigen Widerspruch, aber Not bricht Eisen. Wir bestiegen den Kahn und machten zu unserem Schreck die Entdeckung, daß im Kahn keine Ruder waren. Wir nahmen ein Kahnsitzbrett, und nun ging's ab von Stralau, hin und her auf der breiten Spree. Wir landeten nach dreiviertelstündiger Irrfahrt in Treptow in einem Gartenlokal. Liebknecht hatte große Sorge um den Kahn, denn er war der Meinung, der Kahn käme zu seinem Besitzer nicht mehr zurück. Erst allmählich beruhigte sich Karl, als ihm der Vorschlag gemacht wurde, dem Eigentümer einen Entschuldigungsbrief zu schreiben. Beim Licht der Taschenlampe wurden schnell einige gute Zeilen geschrieben. Karl legte noch ein Geldstück bei und so wurde der verschlossene Brief unter einem Kahnsitzbrett eingeklemmt. Jetzt ging es mit großen Schritten Berlin entgegen. Wir waren in die Nähe der Berliner Ringbahn (Bahnhof Treptow) angelangt. Es war 2½ Uhr nachts geworden; wieder tauchten die „berühmten Gestalten" auf. Schnell wurde Kehrt gemacht durch den Treptower Park. Wir machten in einer anliegenden Straße halt. Wir bekamen einen Möbelwagen zu Gesicht. Der Schlüssel der Wagentür wurde durch den Fachmann sehr schnell gefunden, und wir bestiegen unser Nachtquartier im „Internationalen Möbeltransportwagen". Sollten wir uns hier tatsächlich die ganze Nacht aufhalten? war die Frage. Die Antwort war: Die Nacht ist sehr kalt und mit dem Umherlaufen ist es für uns sehr gefährlich; hier im Wagen ist es angenehm warm und mit den Verpackdecken bereiteten wir uns unsere Lagerstätten zurecht. Ehe wir uns zur Ruhe legten, nahmen wir noch ein „Diner" ein, bestehend aus trockenem Brot und der berühmten Kriegsziegenwurst. In der siebenten Morgenstunde verließen wir unser „Hotel". An einem Straßenbrunnen wurde gewaschen; wir begaben uns von hier nach einer Tags vorher verabredeten Stelle zu den Flugplätzen in Johannistal, denn hier in den Flugzeugwerken waren 30 000 bis 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig.

(Schluß folgt.)

*) Otto Franke, in „Internationale", 6. Jhrg. Nr. 2.

Die „Macht" der Arbeiterregierung

Leipzig, 19. Oktober. Der General Müller hat die kommunistische „Sächsische Arbeiter-Zeitung" erneut und diesmal auf 14 Tage verboten.

Glückliche sächsische Proletarier! Ihr werdet wenigstens, nachdem ihr mit Reitpeitschen und Kugeln zur Raison gebracht worden seid, von eurer „Arbeiterregierung" bemitleidet, die dadurch, daß sie sich durch die Massaker in ihrer Regiererei gar nicht stören läßt, ruhig weiter die Verantwortung übernimmt. Die noch nicht einmal eine Zeitung herausgeben darf in ihrem eigenen „roten" Sachsen, sondern, die nur das Feigenblatt für die Brutalitäten der herrschenden Klassen darstellt. Die ihre Ministergehälter für eine so „revolutionäre" Sache hält, daß ihr gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, daß diese Silberlinge nur der Judaslohn für ihre Regiererei sind. — Die in der Geschichte der proletarischen Revolution alles bisher dagewesene an Feigheit, moralischer Verwahrlosung und politischer Korruption übertrifft und denen Proletarierblut gerade gut genug ist für ihre bürgerliche Ministerkarriere.

Bayern und Sachsen

München, 18. Oktober. Die sächsische Regierung hat der bayerischen Regierung die Abberufung des Geschäftsträgers Dziembowski mitgeteilt **und gleichfalls weitere Nachrichten wegen der Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt.** Inzwischen hat die **bayerische Regierung** das sächsische Kabinett davon unterrichtet, daß sie, **solange die Kommunisten** in der sächsischen Regierung vertreten sind, **nicht in der Lage sei,** den neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Gleichzeitig hat Bayern seinen Gesandten bei der sächsischen Regierung von seinem Posten **abberufen.**

Daß die Anbiederungsversuche der „Arbeiterregierung" mit einem solchen Korb quittiert werden, ist eigentlich — sagen wir's lieber nicht. Aber, wenn umgekehrt die Arbeiterregierung so verfahren wäre, dann wäre doch sicher — — Aber wiederum, dies ist ja ein ganz undenkbarer Fall, der „reichszerstörend" wirken würde, und dazu gibt sich eine „Arbeiterregierung" doch nicht her. Sie blamiert sich lieber einmal öfter.

Warum Roßbach aus der Haft entlassen wurde.

München, 18. Oktober. (WTB.) Der aus der Haft entlassene Roßbach wird am Freitag **bei der Feier der Roßbach-Abteilung** München und des „Deutschen Kampfbundes" im Löwenbräu **mit einer Rede vor seine Anhänger treten,** auch Hitler wird dort sprechen.

Der „veredelte" Achtstundentag.

Der „Vorwärts" meldet: „Die Verhandlungen der Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien über das Arbeitszeitgesetz wurden gestern im Reichstage in Anwesenheit des Arbeitsministers Dr. Brauns fortgesetzt. Die Verhandlungen haben im wesentlichen nur informatorischen Charakter und sollen der Regierung als Material für die Umarbeitung ihrer Vorlage dienen. **In allen wesentlichen Punkten wurde eine Einigung erzielt.** Es wird also voraussichtlich bestimmt werden, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Bergbau und in den besonders gesundheitsschädlichen Betrieben eine Arbeit **bis zu acht Stunden und in den übrigen Betrieben Ueberstunden bis zu neun oder zehn Stunden zugelassen werden.**"

Es wird also bei „grundsätzlicher" Aufrechterhaltung des Achtstundentages — acht bzw. zehn Stunden gearbeitet. Und da sage noch einer, die Sozialdemokraten oder Gewerkschaften hätten den Achtstundentag preisgegeben, wo es sich doch nur um eine „Veredelung" handelt.

Russisch-französische Verhandlungen.

Paris, 17. Oktober. (WTB.) „Die wirtschaftliche und finanzielle Ausgabe der „Illustration" berichtet über die Aufgaben, die der Präsident der russischen Staatsbank, Scheinmann, in Paris durchführen soll. Scheinmann wolle ein Abkommen schließen, um **durch die französische Industrie die Zuckerindustrie in der Ukraine wiederherzustellen.** Außerdem habe er die Absicht, **20 Millionen Pud russischen Getreides zu verkaufen.** Scheinmann suche auch eine **Anleihe** unterzubringen, die Rußland sehr notwendig habe; er werde hierfür das Versprechen geben, daß **gewisse rückständige Zinsen der russischen Schuld bezahlt würden,** die die Sowjetregierung bereit sei, anzuerkennen. Schließlich wolle Scheinmann auch 22 000 Karat Juwelen in fruchtbringender Weise zum Verkauf bringen." — Das „revolutionäre Brot", mit dem man „den Ruhrkampf des deutschen Proletariats" unterstützte, wandert also jetzt nach Frankreich. Ein „Verrat" ist das natürlich nicht, „Landesverrat" begeht bekanntlich nur Stinnes, sondern mit diesem bolschewistischem Brot wird die Revolution in Frankreich vorbereitet, damit ihr's wißt, deutsche Proletarier. Alles andere geht euch — im Interesse der Weltrevolution — nichts an.

Wirtschaft

Die Rentenbank der Junker und Bauern

Daß die neue Rentenbank und ihre Rentenmark, das Angstprodukt der zweiten Koalitionsregierung, in Wahrheit ein Geschenk an die landwirtschaftlichen Kapitalisten, an die Junker und Bauern, sein soll, geht u. a. auch aus der Zusammensetzung des Verwaltungsrates hervor. Er besteht aus 14 Mitgliedern, von denen nicht weniger als die Hälfte der Landwirtschaft angehören; ihnen stehen Industrie, Banken, Groß- und Kleinhandel mit dem Rest der anderen Hälfte gegenüber. Auch hierin spricht sich die Tatsache aus, daß nach der sich vollziehenden Ablösung des westlichen Industriegebiets im verbleibenden Restgebiet die kapitalistische Diktatur in weit höherem Maße eine Diktatur des Agrarkapitals sein wird, als wir es bisher gewohnt waren.

Und die Arbeiter- und Bauernregierung?

Die Wirtschaftslage im Rheinland und Ruhrgebiet

Es genügt, bürgerliche Berichte („Lokal-Anzeiger" vom 16. Oktober, Nachtausgabe) abzudrucken, um einen Begriff davon zu geben, wie im westlichen Industriegebiet die Liquidierung des passiven Widerstandes eine ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze hervorgerufen hat, die, je nach dem Grade des proletarischen Klassenbewußtseins, entweder unter Führung der Gewerkschaften zu einer ungeheuren Niederlage oder im revolutionären Zusammenschluß nach Betrieben zum offenen Ausbruch aufständischer Bewegungen führen muß.

Ueber die Lage der rheinisch-westfälischen Großindustrie heißt es u. a.: Kaum ein Werk verfügt über genügende Aufträge; mit dem Hereinkommen größerer Aufträge ist angesichts der Preishöhe kaum zu rechnen. Schließlich spielt auch eine sehr wichtige Rolle die Lohnfrage. In der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie wird für die zweite Oktoberwoche das 28 000fache des Märzlohnes gezahlt. Damit sind die Löhne weit über den Durchschnitt des unbesetzten Deutschland gestiegen (doppelt so hoch als z. B. in Berlin); auch die wenigen noch arbeitenden Betriebe werden deshalb wahrscheinlich bald zum Erliegen kommen. Die Eisenindustrie kann wegen völliger Erschöpfung der eigenen Mittel nur die vom Reich angewiesenen Beträge, d. h. 60 Prozent des vollen Lohnes zahlen; auch für die Angestellten wird demnächst eine Verkürzung der Bezüge eintreten müssen.

Diese Maßnahmen werden nicht ohne zwingenden Grund durchgeführt. Die Rücksicht auf die Erhaltung des Stammes der Belegschaft und auf die Möglichkeit größerer Unruhen in dem völlig schutzlosen Gebiet verbieten an sich schon jedes zu scharfe Vorgehen. Außerdem sind für diese Maßnahmen die von Berlin gekommenen Richtlinien bestimmend gewesen; sie laufen hinaus auf das Verlangen des schnellsten Abbaues aller bisher gegebenen Unterstützungen. Die Anweisungen gehen so weit, daß den gegen sie handelnden Stellen völlige Unterstützungssperre angedroht wird. Trotz den im besetzten Gebiet herrschenden höheren Preisen will Berlin die Erwerbslosensätze schnellstens auf die niedrigen Bezüge des unbesetzten Gebietes herabdrücken. Angesichts dieser Lage müssen alle Werke schon sehr bald zu umfangreichen Kündigungen schreiten.

Zur Lage d. Eisen- u. Stahlwarenindustrie

schreibt der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld u. a.: „Im Monat September dieses Jahres war die Lage der Eisenfertigwarenindustrie im Märkischen Gebiet trostlos. Hunderte von Betrieben sind zum Stillstand gekommen, da die Ausfuhr so gut wie ganz aufgehört und das Inland bei der außerordentlichen Kapitalknappheit wenig gekauft hat. Die Erzeugungskosten sind dermaßen in die Höhe gegangen und die Geldentwertung in einer Weise vorangeschritten, daß fast alle Betriebe kaum in der Lage sind, auch nur die Lohngelder zusammenzubringen.

So sehr man mit der Einstellung der Zahlung von Lohnsicherungsbeträgen an Angestellte und Arbeiter im allgemeinen einverstanden ist, so wenig gibt man sich Täuschungen über deren Folgen hin. Wenn nicht gleichzeitig das Ruhrgebiet und die angrenzenden Bezirke in produktive Arbeit übergeführt werden können, so befürchtet man, daß Hunderttausende ohne Brot und Lohn bleiben werden. Man sieht deshalb mit der größten Sorge der Entwicklung in den nächsten Wochen entgegen.

Die Kapitalisten sind sich darüber einig, daß an der Produktion zur Zeit in Deutschland viel weniger verdient werden kann als an der Spekulation. Also spekulieren sie und werfen die Arbeiter aufs Pflaster, solange bis das Angebot der Ware Arbeitskraft so enorm wird, daß man sich Sklaven billiger kaufen kann als Effekten. Nur dadurch, daß die Arbeiter selbst die Verfügung über die Produktionsmittel und ihre Verwendung an sich reißen, kann die Produktion wieder unter Bedingungen in Gang kommen, die der Arbeiterschaft eine Lebensmöglichkeit gewähren. Dann allerdings ist es mit den Spekulationsgewinnen aus. Einer von beiden ist eben zuviel auf der Welt: die Arbeiterklasse mindestens zur Hälfte ihrer Zahl — oder das kapitalistische Unternehmertum mit seinem Gewerkschafts- und Parlamentsapparat.

Der nationale Gedanke im proletarischen Klassenkampf

Die neuesten Ereignisse infolge der Besetzung des Ruhrgebiets haben unzweifelhaft bewiesen, daß innerhalb der Arbeiterklasse noch eine sehr starke nationalistische Ideologie vorhanden ist. Es kann darüber hinaus wohl ohne Einschränkung behauptet werden, daß ähnliche Voraussetzungen auch in anderen Ländern starke nationalistische Auswirkungen innerhalb des Proletariats gefunden haben und noch finden werden. Das ist eine Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Erinnert sei dabei an die jahrelangen Unterdrückungen der Polen durch Deutschland, Oesterreich und Rußland, der Tschechen und eines Teils der Balkanvölker durch Oesterreich, der Iren durch England usw. Diese Beispiele könnten noch um viele vermehrt werden. Stets hat es dabei die Bourgeoisie meisterhaft verstanden, dem Proletariat den Glauben beizubringen, daß eine schlechte wirtschaftliche Lage in der Hauptsache von der fremdländischen Unterdrückung herrühre. Die besitzende Klasse hat dadurch gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal spannte sie die Arbeiterklasse für rein kapitalistische Ziele und Ausbeuterpolitik vor ihren Wagen; und das andere Mal brachte sie dadurch das Proletariat verschiedener Abstammung und Sprache — die aber innerhalb derselben politischen Grenzen von demselben Unternehmertum bedrückt wurden — in einen scharfen Gegensatz.

Diese Gegensätze konnten durch die Zugehörigkeit der einzelnen Arbeiterorganisationen zu einer gemeinsamen internationalen Organisation nur vertuscht, aber nicht behoben werden. Sie tauchten bei jeder Gelegenheit erneut auf und bildeten wiederholt die Grundlage für ausgiebige internationale Diskussionen, die jedoch auch nie zu einer einheitlichen Auffassung in dieser Frage führten. Ihre schärfste Auswirkung fanden diese Gegensätze während des imperialistischen Weltkrieges 1914—1918. Hier zeigte sich ganz deutlich, daß ein großer Teil des berufsmäßigen Führertums der Arbeiterklasse den klaren Blick und die gesunde Einstellung gegenüber dem Klassenfeind, dem imperialistischen Kapitalismus, verloren hatte. Sie ließen sich von der nationalen Phrase einfangen und bildeten jene Gruppe der Sozialchauvinisten, wie sie treffend genannt wurden, die allmählich in Konsequenz ihrer Einstellung zu Kleinbürgern zu Verrätern an der Arbeiterklasse herabsanken. Sie wurden aber dadurch auch zum warnenden Beispiel, das in den Ueberlegungen des Proletariats bei seiner Stellungnahme zu politischen Ereignissen stets beachtet werden muß.

Das wirklich revolutionäre Proletariat, das in seinen Gedankengängen stets sehr stark international eingestellt war, hat eine „nationale Frage" nie gekannt. Es war sich wohl klar darüber, daß sich durch die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen bei den einzelnen Ländern, die Revolution jeweilig innerhalb der politischen Grenzen durchkämpfen wird. Vorläufig noch national, jedoch schon ideell und materiell gestützt vom internationalen Proletariat. Es ist dabei selbstverständlich, daß in einer kommunistischen Bedarfswirtschaft, die in sich jeden Klassengegensatz aufhebt, auch jede nationale Unterdrückung fremdstämmiger Arbeiter, die auf den Klassengegensätzen der Bourgeoisie beruhte, aufhört. Ob es darüber hinaus angebracht ist — wie es Lenin tat — das Selbstbestimmungsrecht der Völker als besonderen Programmpunkt der arbeitenden Klasse aufzustellen, erscheint mehr als fraglich. Um so mehr, als die schon jetzt vorhandenen nationalistischen Tendenzen innerhalb der einzelnen Organisationen nur noch verstärkt würden. Wir sind der Meinung, daß jede nationale Betonung dem Gedanken des nationalen Klassenkampfes nur schadet. Wir reichen über alle Grenzen hinaus dem Proletariat aller Länder zum gemeinsamen Kampf die Hände und wissen, daß in einer klassenlosen Gesellschaft auch die Gegensätze der fremdstämmigen kulturellen Eigenart und der Sprache allmählich verschwinden.

Wichtig für die spätere Festsetzung der Verwaltungsgrenzen der einzelnen proletarischen Gemeinschaften wird vor allem die Zweckmäßigkeit sein. Und die beste Zweckform wird stets durch die wirtschaftlichen Bedingungen eines Gebietes gegeben. Die Sympathie und sprachliche und kulturelle Eigenart der Völker wird hinter diesen grundlegenden Gesetzen

der ökonomischen Voraussetzungen zurückstehen müssen, wenngleich niemand eine Bevölkerungsgruppe mit Machtmitteln zwingen wird, sich einer bestimmten proletarischen Gemeinschaft anzuschließen. Wenn diese Gruppe in sich nicht genügend lebensfähig ist, wird sie durch die Macht der Verhältnisse schon gezwungen werden, sich einer größeren, lebenskräftigeren Gemeinschaft anzugliedern. So daß zum Schluß die Umformung der während der kapitalistischen Epoche künstlich geschaffenen Staatengebilde in zweckmäßige Wirtschaftsbezirke unter allen Umständen das Endergebnis und damit auch unser Ziel ist.

Die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die im proletarischen Klassenkampf gar nicht gestellt werden braucht, weil sie in einer klassenlosen Gesellschaft jede Bedeutung verliert, wird augenblicklich von patriotischen russischen Kommunisten in eine rein nationale Phrase verdreht. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, diese Machenschaften etwas näher zu beleuchten. Als in Rußland die Bolschewiki die Macht übernahmen, dachten sie noch gar nicht an ihre heutige nationale Einstellung. Sie appellierten im Gegenteil an die Solidarität des internationalen Proletarats, gründeten die III. Internationale und verkündeten die Weltrevolution als ihr nächstes Ziel. Erst ganz allmählich, als die eroberte Macht langsam ihren Händen entglitt und das aufstrebende Bauerntum die innere und äußere Politik bestimmte wandelten sie ihre Meinung im Interesse des Bauerntums, machten Zugeständnisse an die internationale Kapitalistengruppen, ließen, wenn auch in Grenzen, das Privateigentum wieder zu und erinnerten sich im Interesse ihrer Aufbaupolitik an ihre so lange verschundene nationale Würde. Darüber hinaus versuchten sie immer mehr die proletarischen Parteien der anderen Länder für ihre rein kapitalistisch-nationalen Zwecke dienstbar zu machen, was ihnen auch zum großen Teil gelang. Ihre Interessen lagen jetzt nicht mehr auf seiten der Weltrevolution, sondern des kapitalistischen Aufbaus des russischen Staates. Mit der wirtschaftlichen Umwälzung wandelte sich sinngemäß auch ihre Ideologie. Ihnen kommt es jetzt weniger auf eine Revolutionierung der kapitalistisch hochentwickelten Staaten an, die sehr lange dauern und bei der Heftigkeit der zu erwartenden Kämpfe den Produktionsapparat erheblich beschädigen könnte, sondern sie wollen sich nach Möglichkeit — im besonderen in Deutschland — eine ihnen gefügige Regierung unter Beibehaltung der kapitalistischen Staatsform schaffen, die Rußland in kurzer Zeit und möglichst billig mit Waffen, Maschinen und qualifizierten Arbeitern versorgt.

Diesem Zweck dient vor allem die Parole der Arbeiter- und Bauern-Regierung, die zwar dem Klange nach etwas proletarisch zu sein scheint, die aber nach den Erläuterungen der Kommunisten absolut nicht die Aufgabe hat, das Privateigentum abzuschaffen und die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Diese Regierung kann doch bestenfalls dem Willen des „Volkes" Ausdruck geben, daß es — wenn es nun schon einmal ausgebeutet werden muß — wenigstens bis zu den höchsten Regierungsstellen hinauf unter Aufsicht und Billigung seiner eigenen Genossen geschieht. Die wenigstens dafür sorgen werden, daß die Arbeiterklasse soviel zu essen bekommt, daß die Ware Arbeitskraft nur zum Teil als Alt-Eisen verwertet werden braucht. Die so in allen Ländern zu bildenden Regierungen sollen sich dann zusammenschließen zu den „Vereinigten Staaten von Europa", unter der Führung Rußlands natürlich. Man sieht, der Plan ist großzügig.

Was jedoch im Augenblick am meisten interessiert, ist die zur Unterstützung dieses Planes herausgegebene nationalistische Parole des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Karl Radek ausführlich in einem groß angelegten Artikel „Nicht zurück, sondern vorwärts" erläutert. („Klassenkampf", Halle, 28. September 1923). Er stellt die Dinge so dar, als ob ein Befreiungskampf des Proletariats ohne diese Parole völlig sinn- und zwecklos wäre, weil ein großer Teil der jetzt staatlich selbständigen Nationen ein neues Abhängigkeitsverhältnis und damit eine neue Unterdrückung durch die großen proletarischen Staaten befürchten. Er hat dabei wohl hauptsächlich an Deutschland gedacht. Wirtschaftliche Zusammenhänge und die Aufklärungsarbeit des internationalen Proletariats kennt er scheinbar nicht. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß Rußland dadurch möglichst viele kleine Staaten schaffen will, die es dann gegenseitig ausspielen kann. Und Rußland selbst behält die Vorherrschaft in Europa und macht alle Kräfte mobil zu seinem kapitalistischen Aufbau. Bis dahin ist es Demagogie oder „politische Staatskunst", wie man es nennen will. Aber ekelhaft wird es, wie er dann von Deutschland im Ton der schlimmsten Sozialchauvinisten schreibt:

„Zu diesem Kampfe ruft die Kommunistische Partei nicht nur die Proletarier auf, sondern auch alle diejenigen Elemente des Kleinbürgertums, die ehrlich um die Zukunft des deutschen Volkes ringen wollen. Und immer größer wird der Kreis von Nichtkommunisten, ja, sogar von früheren Nationalisten, die in der Arbeiterklasse den einzigen Retter des deutschen Volkes sehen. Wir reichen ihnen gern die Hand zum gemeinsamen Kampf, aber wir müssen ihnen sagen: Es handelt sich nicht um die Wiederherstellung des alten deutschen Reiches, es handelt sich nicht um das Zurück, sondern um den Aufbau eines neuen deutschen Staates, der das deutsche Volk von der Sklaverei befreit, das aber selbst nicht anderen Völkern Ketten auferlegen will.

Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, wie aller anderen unterdrückten Völker ist das Kampfziel der KP. Deutschlands. Die Abschüttelung der Ketten ist der erste Schritt, die Verbindung zum gemeinsamen Kampfe der Volksmassen, der befreiten Nationen, das ist der zweite Schritt. Die Agitation für die vereinigten Arbeiter- und Bauernstaaten von ganz Europa, das ist der Weg, auf dem wir nicht nur die Herzen der Proletarier aller Länder erobern werden, sondern auf dem wir die schwersten von der Geschichte gestellten Fragen lösen werden."

Dem brauchte eigentlich nur das Wort des Kommunistischen Manifestes entgegengehalten zu werden: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein." Doch die Theorie des revolutionären Marxismus existiert eben für Regierungskommunisten nur noch als eine Sache, die man gern, wie jeder Kleinbürger, zu allen Teufeln wünschen möchte. Da dies nun einmal nicht geht, begnügt man sich einstweilen damit, dieselbe zu verfälschen und zu verdrehen und mittels des historischen Materialismus das aufzuzeigen und zu propagieren, was im „nationalen" Interesse notwendig ist, um so auch der „nationalen Wiedergeburt" Rußlands gerecht zu werden.

Die Sozialdemokratie verriet das Proletariat in einem Moment, wo die nationalen Staaten scheinbar noch als Nationen lebensfähig und Wirtschaft und Staat ein geschlossenes Ganzes darstellte. Und gerade die heutigen russischen Staatenlenker haben mit in erster Linie den revolutionären internationalen Klassenkampfstandpunkt heraus gearbeitet und ihn dem verräterischen Chauvinismus gegenübergestellt. Heute bestätigt die kapitalistische Entwicklung die Richtigkeit des Satzes, daß das Proletariat im Kapitalismus kein Vaterland hat und man ihm nicht nehmen kann, was es nicht hat, von neuem und durchschlagender denn je zuvor, indem das über die Grenzen drängende Industriekapital dem Proletariat selbst demonstriert, daß die „Nation" nur noch in den Hirnen völlig denkunfähiger Kleinbürger existiert, die noch nicht einmal begriffen haben, daß sie mit ihrem Geschrei über „qualifizierten Hoch- und Landesverrat" nur dokumentieren, daß die Weltgeschichte ihnen einen bösen Streich gespielt und ihre „Politik" die Politik des Massenbetruges war.

Bezirks-Konferenz Süd-West

am Sonntag, den 28. Oktober 1923, in Ludwigshafen.

Tagesordnung:

1. Berichte der Ortsgruppen.
2. Die politische und wirtschaftliche Lage.
3. Organisatorisches:
   a) Klarstellung der Verhältnisse zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet,
   b) VRUK.
4. Verschiedenes.

Nähere Auskunft durch Rudolf Giese, Mainz, Leibnizstraße 72. Die Bezirksleitung.

Daß die III. Internationale nach und trotz alledem nun den Vaterlandsverteidigungskohl in einer Epoche aufzuwärmen gezwungen ist, wo sich das „Vaterland" selbst in blauen Dunst auflöst, ist schon Grund genug, die Demagogie auf die Spitze zu treiben; es ist das heute ungleich schwieriger wie 1914 und konnte man die Sache vom rein menschlichen Standpunkt nehmen, man wäre versucht, den Russen, die an der Spitze ihres rückständigen Agrarlandes stehend, nun den Versuch machen wollen, die westeuropäischen Verhältnisse denen Rußlands unterzuordnen, aufrichtiges Beileid entgegenzubringen.

Ausland

Das Spitzelwesen in Amerika

Alle Arbeiterorganisationen Amerikas sind mit Spitzeln der amtlichen Justizabteilung und den Agenten der verschiedenen Privatdetektivgesellschaften infiziert. Das Problem des Arbeiterspitzels hat eine ganz eigene Literatur. Anbei ein paar Tatsachen aus der von der „New Republic" veröffentlichten Flugschrift: „Der Arbeiterspitzel. Eine Betrachtung über die Industriespionage." Herausgegeben von Sidney Howard. In der Einführung sagt der Verfasser: „Die Industriespionage geschieht im nationalen Umfange . . . Das Industriespitzelwesen ist eine große Industrie . . . Es scheint zu einem Faktor der amerikanischen Industrie als Ganzes geworden zu sein." Robert W. Dunne sagt in dem „Amerikanischen Arbeitsjahrbuch 1921—22: „Die Spitzelindustrie ist gleich der Annoncenindustrie in den letzten zwei Dekaden ungeheuer gewachsen. Sie hat mit dem Fortschritt in den anderen Industrien Schritt gehalten. Sie bildet zur Zeit eine Industrie für sich selbst, mit Zehntausenden von Angestellten und recht ansehnlichen Profiten ihrer Unternehmer. Sie gehört untrennbar zu unserem ökonomischen System." Der „New-York Call" muß dieses Buch Sidney Howards gut kennen, denn er schreibt darüber folgendes: „Es ist eine wirkliche Fundgrube nützlicher Informationen über die sozialistische und die Arbeiterbewegung der ganzen Welt." „Der „Geheimdienst", wie das Spionagesystem von den großen Detektivagenturen genannt wurde, ist nirgends in der Welt so ausgedehnt und mächtig wie hier. Kein anderes Land in der Welt besitzt so große, weit verbreitete und gut finanzierte Streikbrecher-Organisationen, die aus den Arbeiterkämpfen glänzende Profite ziehen, wie Amerika. Ihre Existenz ist ein integrierender Teil der von unseren Unternehmerorganisationen betriebenen Politik der „Ablehnung jeder Verhandlung mit Arbeiterverbänden".

Der Arbeiterspitzel ist die größte Pest aller Arbeiterverbände. Howard konstatiert in seiner Uebersicht: „Die Arbeiterpresse der letzten paar Jahre ist ausgefüllt mit den Berichten über Spitzel, die in Verbänden entdeckt und aus ihnen ausgeschlossen werden. Dies spielt sich ab in allen Teilen des Landes, wo die Industrie blüht. Ein Führer der Eisenbahner-Bruderschaft erklärt, daß er selten eine Zusammenkunft erlebt hat, groß genug, um ein Meeting genannt zu werden und klein genug, um Spitzel fernzuhalten." Es gelingt solchen Agenten oft, ganze Gewerkschaften in ihre Gewalt zu bringen. Im Dezember wurden zehn leitende Beamte der Labor-Unionen von Akron, Ohio, als Spitzel entlarvt." Mr. Coach in Cleveland, einer der führenden Industriedetektive, erklärte nach Mitteilungen Howards: „Mir gehören alle Verbände in dieser Stadt," womit er sagen wollte, daß er Leitungen der Verbände zu kontrollieren in der Lage sei. Der Präsident der Ray-Detektivagentur in Boston erklärt, daß „der Präsident, der Sekretär und der Kassierer der lokalen Eis-Arbeiter-Organisation bis vor kurzer Zeit Angestellte seiner Agentur waren". Der Sherman Seovice, Inc., das größte Detektivunternehmen in Amerika, veröffentlichte ein Buch, das seine ganze unterirdische Tätigkeit schilderte. Das Buch war zu offen und wurde daher zurückgezogen. Es heißt darin: „Unsere Angestellten haben in den Gewerkschaften einflußreiche Stellungen inne, so daß es ihnen ein leichtes ist, die Organisationen in einer für unsere Klienten nützlichen Richtung zu beeinflussen. . . Unsere Agenten haben es fertig gebracht, die gesamte Leitung verschiedener Organisationen der Arbeiter in ihre Hände zu bringen." Das „Amerikanische Arbeitsjahrbuch", herausgegeben unter Leitung der Sozialist Rand School, sagt: „Seit dem Bestehen von Arbeiterverbänden in diesem Lande wird von Spitzeln berichtet, die von den Unternehmern in die Organisationen geschickt werden, um diese zu zerschlagen." —

Genau so ist die Geschichte jedes Streiks in Amerika eine Geschichte des Spitzeltums. Das Spitzelsystem der amtlichen Justizabteilung wird ununterbrochen ausgebaut. „Das Budget der Justizabteilung belief sich 1921 auf 12,5 Millionen Dollar, 1922 betrug es 15,5 Millionen Dollar, 1923 nicht weniger als 18 364 000 Dollar." (Jahresbericht des Finanzministers.) — Die berüchtigte Daugherty-Verfügung vom Sommer 1922 wurde erlassen auf Grund von nicht weniger als 17 000 falschen Zeugenaussagen, die die Justizabteilung mit Hilfe ihrer Spitzelarmee produzierte.

Hand in Hand mit den Regierungsspitzeln arbeiten private Spitzel. Der Untersuchungsbericht über den großen Stahlstreik von 1919 sagt darüber: „Zwei große Arbeiter-Spitzel- und Streikbrecherorganisationen mit Büros in zirka einem Dutzend Städten hatten ihre Hand bei der Bekämpfung des Stahlstreiks im Spiel. . . Der Leiter der Detektiv- und Streikbrecherorganisation sprach in einem Interview ganz offen von den Auffassungen und Aktionen seines Unternehmens. Er hatte über 500 Leute, die während des Stahlstreiks in Aktion gewesen waren. Einige von diesen Agenten waren schon ein Jahr vor Ausbruch des Stahlstreiks in die Stahlfabriken eingeschmuggelt worden. Viele sind Beamte von Gewerkschaften geworden. Dieser Detektiv-Unternehmer erklärte, daß sich in dem Streikkommitee ein Labor-Führer befunden habe, der von ihm Gelder annahm." Man findet den Arbeiterspitzel allenthalben, wo kämpfende Arbeiter sind und wo rebellische Farmer sich organisieren. Selbst die „Sozialist Party", die doch keine revolutionäre Partei mehr ist, hat ihre Spitzel. Morrow, der Hauptzeuge im Michigan-Prozeß gegen die Kommunisten, war ehemals Mitglied der Sozialist Party. Spolansky, der berüchtigte Spezialspitzel im Dienste der Justizabteilung, ist gleichfalls ihr Mitglied gewesen. Auch Wolfe Lindenfeld, der Held der Wall Street Bomben-Affäre, hat der Sozialist Party angehört. Albert Balin hat sich als Spitzel betätigt in den IWW. (Industriearbeiter der Welt) in der American Federation of Labor, in der sozialistischen und in der Kommunistischen Partei, in dem Fabianclub in Chicago und in der Non-Partisan League. Die von der Weltkirchenbewegung durchgeführte Untersuchung sagt in ihrem Bericht: „Die Agenten verdienen sich ihr Geld mit der Bespitzelung der Gewerkschaftsbewegung heute und des Bolschewismus morgen." Zahllose Spitzelagenturen arbeiten so Hand in Hand mit der Justizabteilung gegen die arbeitende Klasse. Sie haben Hunderte von Zweigstellen und Tausende von Agenten an der Hand. Wo immer es Arbeiterverbände gibt, da gibt es auch Spitzel, wo immer revolutionäre Arbeiter sind, da sind auch Spitzel. Sidney Howard sagt in seinem Bericht: „Als die Kommission on Industrial Relations Arbeiter und Unternehmer der amerikanischen Industrie befragte, fand sie kaum einen Menschen, der nicht zugeben mußte oder eine Geschichte zu erzählen hatte über die Tätigkeit des Industrie-Spitzelsystems."

Aus den Wirtschaftsbezirken

Mainz, 10. 10. 1923. Hier herrscht allgemein Entrüstung, daß, nachdem der passive Widerstand aufgegeben (so wie wir immer voraussagten) die Erwerbslosenunterstützung gekürzt wird. Die Proleten hoffen immer noch, daß die kapitalistischen Diktatoren ein Einsehen hätten und in der nächsten Woche die Sätze wieder erhöhen, damit sie wenigstens noch trocken Brot zu essen hätten und so etwas langsamer verhungern. Aber ihre Illusionen werden zu Wasser, denn in den größten Fabriken in der Umgegend von Mainz und auch in den städtischen Betrieben selbst, liegen die kurzarbeitenden Proleten nun jetzt auf der Straße. Aber nur keine Angst, es passiert so schnell nichts! Denn:

Die KPD.-Häuptlinge haben von den Behörden die Konzession erhalten, Erwerbslosenräte zu bilden und dieselben mit behördlich abgestempelten Armbinden auszuzeichnen. Diese weißen Armbinden dürfen Tag und Nacht getragen werden und erlauben den Ausgezeichneten an den Zahlstellen der Erwerbslosen darauf zu achten, daß sich ein „Spätergekommener" nicht unberechtigt vordrängt, denn es genügt ja schon, daß die „Zuerstgekommenen" 6 Stunden lammfromm, eingedenk der gewerkschaftlichen Disziplin, trotz Regen und Wind gewartet haben. Da wiederholt Klagen bei den Behörden eingelaufen sind über Ruhestörungen (neben dem Stempelbüro befindet sich die Weinwirtschaft „Der Ratskeller"), hat die KPD. die Arbeit der Polizei selbstlos übernommen. Schon morgens um 5 Uhr beginnt der Dienst. Die KPD.-Mannen verstehen es auch viel besser als die Polizei, sie erwähnen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, daß sie selbst mithungern und außerdem noch unbezahlte Arbeit „im Interesse der Revolution" verrichten. Nun, auch sie bekommen noch ihren Lohn. Alles zu seiner Zeit.

Wahrscheinlich werden sie noch vor der Zeit nicht von den Proleten allein, sondern auch von denen, denen sie so selbstlos die Arbeit abgenommen haben, bezahlt. Vorläufig freuen sie sich über ihr Pöstchen, und ist es noch so klein, so ist es doch ein Pöstchen.

Pressefonds

(Angabe in Millionen von Mark.)

Schulz, Hamburg 77; Zabel, Eisenhammer b. Eberswld. 5; Soucher, Eberswalde 3; E. Th. 100; Appenburg 4; amerik. Gen. 220; Dappert 75; Erich 25; Gerlach 200; Berg 150; Kardolski 2, Pielke 40, Burmeister 6, Schenk 14, Berghaus 54.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inh. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iszdonat, O 17.

Verlag der KAPD.
Berlin NO 18, Landsberger Straße 6

Antiquariats-Verzeichnis.

Liebknecht, Reden und Aufsätze.
Kautsky, Die soziale Revolution.
Cunow, Ursprung der Religion und des Gottesglaubens.
Cunow, Die Technik in der Urzeit.
Trotzki, Terrorismus und Kommunismus.
Roland-Holst, Partei und Revolution.
Salomon, Proudhon und der Sozialismus.
Braunthal, Marx als Geschichtsphilosoph.
Simon, Robert Owen und der Sozialismus.
Marx, Lohnarbeit und Kapital. Von Kautsky.
Marx, Das kommunistische Manifest.
Diederich, Lassalle-Brevier.
Luxemburg, Sozialreform oder Revolution.
Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Band I u. II.
Kniel, Briefe aus dem Gefängnis.
Gradnauer, Die deutsche Volkswirtschaft.
Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin.

Schaefer, Ungeratene Kinder. Rätsel für jeden Tag des Jahres.
Nexö, Die Passagiere der leeren Plätze.
Jung, Hunger an der Wolga.
Block, Der Untergang der Humanität.
Barbusse, Das Messer zwischen die Zähne.

Vorstehende Werke und Broschüren sind in 1—5 Exemplaren am Lager. Die Grundzahlen sind zum Teil um mehr als die Hälfte herabgesetzt. — Wir gewähren trotzdem den Genossen Zahlungserleichterungen nach Vereinbarung.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

Kommunist. Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Name: ....

Ort: .... Str. .... Nr. ....

Quergeb.: .... Hinterh.: .... Vorderh.: ....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kuvert als „Drucksache" frankiert einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 82 — Preis 750 Millionen

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Straßenhandel und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Bezugspreise: Bei Bezug v. einzelnen Exemplaren durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung aufgedruckt. Preise. Zahlung bis 5. bezw. 20. jed. Mts. Holland: 1 holl. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland n. Vereinbarung

Proletarier! Ihr müßt zum Angriff übergehen!

Proletarier! Klassengenossen!

Der Augenblick ist gekommen, wo eine Entscheidung unausweichlich geworden ist. Wo der Zerfall Deutschlands vor jedermann deutlich sichtbar in Erscheinung tritt. Wo die letzten Bindungen reißen, Bayern offen sich loslöst, das Ruhrgebiet unter dem Protektorat der „rheinischen Republik" losgerissen, die Wirtschaftskrise im offenen Chaos endete und die kapitalistische Warenverteilung — nur noch notdürftig aufrechterhalten — vollends ins Stocken gerät und aufhört zu funktionieren. Der Augenblick ist da, Proletarier, wo durch die völlige Zertrümmerung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fundamente eine nie geahnte Hungersnot sich ausbreitet und das Proletariat zu vernichten droht. Die kapitalistischen Widersprüche auf die Spitze getrieben werden und ein Kampf aller gegen alle entbrennen muß.

Diesen Dingen gilt es furchtlos ins Auge zu sehen

Denn sie sind nur das Resultat einer geschichtlichen zwangsläufigen Entwicklung. Wer wagt heute zu bestreiten, daß das deutsche Industriekapital durch den Ruhrkrieg erst die Voraussetzungen schuf, um aus der demokratischen Republik zu flüchten? Nur ein Narr konnte annehmen, daß nach dem Aderlaß an der demokratischen Republik dieselbe noch in der Lage wäre, die Reparationslieferungen an das deutsche Kapital zu finanzieren. Mit dieser Möglichkeit fällt auch die Beherrschung der deutschen Wirtschaft durch den Staat. Die demokratische Republik hat infolge des endgültigen Bankrotts sämtliche Zuschüsse einstellen müssen und das deutsch-französische Kapital nützt diese Lage und läßt die „Sonderbündler" aufmarschieren. Es braucht dieses Blendfeuerwerk, um seine Pläne unter diesem Deckmantel ungestört zu Ende führen zu können. Die demokratische Republik ist leergepumpt und die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, einen Einfluß auf diese Bestrebungen auszuüben. Sie hat den Krieg verloren, und das besetzte Gebiet bleibt in der Hand Frankreichs, weil die Reparationen nicht bezahlt werden können. Das rheinische Kapital lehnt jede Lieferung für die deutsche Regierung — weil zahlungsunfähig — ab und verbündet sich mit dem „Erbfeind". Und mit der Losreißung dieses industriellen Ueberschußgebiets ist das Schicksal der demokratischen Republik besiegelt. Das deutsche Geld hat aufgehört, Zahlungsmittel zu sein.

Ein neuer Betrug am Proletariat

das letzte Täuschungsmittel, die Proletarier vom Handeln abzubringen und zu entzweien, ist das Versprechen von „wertbeständigem Geld". Das neue Geld wird so wertbeständig sein wie eure Löhne. Die Republik ist bankrott, und wie sie ihre Zettel immer nennen mag, es werden wertlose Fetzen sein. Das Ausland liefert dafür keine Rohstoffe, die Agrarier keine Lebensmittel. Daß sich die Unternehmer diese Wische selbst drucken sollen, ist der Beweis, daß sie wertloser sein werden als die Mark.

Bayern trennt sich ebenfalls von der demokratischen Republik

Es denkt nicht daran, bei dem notwendig kommenden neuen „Friedensvertrag" sich für denselben zu engagieren und macht sein Verbleiben abhängig von der offenen Proklamation des weißen Terrors im gesamten Reich. Das Agrarkapital, durch nationale Interessen gebunden, versucht sich in der großen Krise zum Alleinherrscher aufzuwerfen und durch den offenen Krieg das Proletariat niederzuwerfen. Es hungert die Städte aus und bewaffnet sich bis zum letzten Mann, um die zur Verzweiflung getriebenen Proletarier ein für allemal auf die Knie zu zwingen. Durch die Anarchie in der kapitalistischen Warenwirtschaft verstopft sich von selbst die Produktion. Die Industrie kommt völlig zum Erliegen. Tausende und Abertausende des Proletariats werden täglich schon in den sozialen Abgrund geschleudert, und ihre Zahl muß sich fortgesetzt multiplizieren. Der völlige Untergang als Klasse ist die unerbittliche Folge weiterer Passivität.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Diese Entwicklung „abzuwehren" ist die Abwehr eines Ertrinkenden, der des Schwimmens unkundig ist. „Kampf gegen die Wirtschaftskrise" ist ein Kampf gegen eine notwendige kapitalistische Entwicklung, gleichzustellen einem „Kampf" gegen ein mit elementarer Wucht hereinbrechendes Erdbeben. Ist eine Utopie! Die Parolen: „Einreihung in den Produktionsprozeß" oder „Sachwerterfassung" sind die heiseren Schreie bankrotter Parlamentarier, die auch wissentlich betrügen. Die Parole der „Reichseinheit" auf kapitalistischer Grundlage ist offener zynischer Hohn. Ueberlegt!: Wenn in irgendeinem Teil des Reiches das Proletariat zu revolutionärer Aktivität schreitet, so hat es die ganze kapitalistische Klasse gegen sich. Da läuft die Grenze zwischen dem revolutionären Proletariat und der Bourgeoisie! Und da, wo das Proletariat auf kleinem oder großem Terrain siegreich ist, ist es umgeben von einem konterrevolutionären Ring, der wiederum nur gesprengt werden kann von der revolutionären Aktivität des Proletariats im Rücken des Feindes national und international. Die KPD. und die Gewerkschaften und SPD., die euch aufrufen zum Kampf für die „Reichseinheit", rufen euch auf, euch der faszistischen Diktatur zu unterwerfen, denn anders ist das „Reich" nicht zu erhalten, als um den Preis der Opferung der Arbeiterklasse, um den Preis der schimpflichsten Kapitulation!

Eroberung der Produktion! Diktatur des Proletariats!

heißt die Parole. Die KAPD. und AAU. hat nie aufgehört, dies immer und immer wieder hinauszuschreien. Auch schon und auch gerade dann, als die Demokratie sich noch nicht selbst unter die Militärdiktatur flüchtete. Auch schon und gerade dann, als die mittelständlerisch-nationalistische KPD. sich noch nicht mit ihrer „Arbeiterregierung" so unsterblich blamiert hatte und keinen anderen Ausweg sieht, als durch russische Sechspfundbrote der Heilsarmee das Wasser abzugraben. Auch schon, und gerade dann, als das deutsche Proletariat auf die Phrasen der Gewerkschaften hereinfiel und durch eine nie dagewesene Schufterei und nicht zu überbietende Schmutzkonkurrenz glaubte, die kapitalistische Wirtschaft auf eine Höhe zu bringen, die eine erträgliche Ausbeutung ermöglicht. Heute jedoch ist diese Demokratie und diese „Verfassung" nur noch da, um den Beweis ihrer [illegible] jedermann zu dokumentieren. Sie ist zu einem frommen Wunsch kleinbürgerlicher Narren geworden, die die Verfassung und die Demokratie retten wollen mit Hilfe der weißen Diktatur. Die den „Bürgerkrieg" dadurch verhindern wollen, daß sie — die genug zu fressen haben — das Proletariat zum Hungertod verurteilen wollen — im Namen der Verfassung!

Die Frage über bürgerliche Demokratie oder proletarische Diktatur, über „Arbeiterregierung" oder proletarische Revolution ist von der Geschichte entschieden! Es ist die Frage von Sieg oder Niederlage des Proletariats!

Daraus gilt es die Lehren zu ziehen!

Für den uns bevorstehenden Augenblick, für die Maßnahmen und Taktik der deutschen Arbeiterklasse in den unvermeidlichen Kämpfen. Und das bedeutet:

Angriff auf der ganzen Linie.

Es gilt nicht, sich in Verzweiflungsaktionen zu erschöpfen: Es gilt, die historische Wende politisch zu erfassen. Die Kugeln der Weißgardisten treffen bescheidene Plünderer von Bäckerläden eben so sehr, als zum Kampf um eine Welt entschlossener Proletarier. Wo an einem Tage der „Lohn" in ein Nichts zerrinnt, ist keine Zeit mehr, auf „Zulage" zu warten, die niemand mehr nimmt, wo in den Erscheinungen Flucht nur der offene Bankrott der herrschenden Klassen als greifbare Tatsache zu verzeichnen ist, muß

der politische Generalstreik

auf der ganzen Linie einsetzen, sofort einsetzen! Wo Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf den großen Schutthaufen der Geschichte fliegen, muß das Proletariat

sich als Klasse formieren

und mit seinen Klassenorganen auf die politische Bühne treten. Wo die KPD. noch einmal die Gewerkschaften, die Guillotinen der Arbeiterklasse durch ihre „Aktionsausschüsse" retten will, muß das Proletariat den revolutionären Kampf vom Zaune brechen und mit den

revolutionären Aktionsausschüssen

die bürgerliche Klassenherrschaft zertrümmern und die demokratischen Tempel ausräuchern! Muß die Arbeiterklasse aufstehen und sich zum Herrn der Gesellschaft aufwerfen und abrechnen mit allen Betrügern und Scharlatanen. Muß ein einziger Schrei, eine einzige Parole von Millionen Lippen dröhnen:

Für die revolutionären Räte mit den revolutionären Räten für die proletarische Revolution!

Die Zeichen für den unvermeidlichen Zusammenstoß sind untrüglich. Ueber dem alten Europa liegt ein bleierner, toter, verderbenbringender Druck.

Deutsche Proletarier!

Nur die revolutionären Schläge des deutschen Proletariats selbst können euch von dem Alpdruck befreien. Nur revolutionäres Leben kann die tödliche Kirchhofsruhe durchbrechen und der Geschichte eine neue Wendung geben. Nur der revolutionäre Wagemut selbst wird die Solidarität des internationalen Proletariats wachrufen. Ihr habt euer Schicksal in der Hand, aber ihr müßt endlich aufwachen, endlich handeln! Sofort handeln!

Kommunist. Arbeiter-Partei — Allgemeine Arbeiter-Union — Kommunist. Arbeiter-Jugend

Bayern

„Kahr vergeht, das Reich besteht."

Der „Vorwärts" begleitete noch in der Sonnabend-Morgenausgabe das Vorgehen des bayerischen Diktators mit diesen Worten. Er schwang sich zu einem glühenden Bekenntnis zum Reiche auf und erklärte die Sozialdemokratie für „die" Stütze und den aSmmelpunkt der Republikaner. Die vaterlandslosen Gesellen von ehedem sind die Ueberpatrioten von heute. Sie suchen eine Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen die Zertrümmerungsabsichten des deutschen Kapitals aufzubauen. Sie gehen in ihrer Selbstverleugnung soweit, daß sie sich mit den verhaßten Kommunisten an einen Tisch setzen.

Sie raffen alles in Deutschland zusammen, was nur irgendwie angängig ist, um eine Masse zu repräsentieren, und wenn es auch nur auf dem Papier ist. Sie hoffen, daß das reparatistisch orientierte Kapital einen Schreck bekommt und sich schnellstens anders orientiert. Sie haben a[illegible] Mut, die versammelte Macht auch wirklich ein[illegible] Ihre Bundesgenossen fürchten sie viel zu stark[illegible] Zwischen ihnen zu einer Aktion schreiten würden. D[illegible] dort in der Einheitsfront ist nicht aktionsfähig, weil [illegible] Sie ist nur einig in der Defensive, [illegible] Vor dem [illegible] die Durchführung eines Klassenkampfes [illegible] zur schärfsten Offensive aufmarschiert [illegible] Als nun der Her[illegible] fällt, sobald die Situation ein Her[illegible] war, blieb die Me[illegible] erfordert. Sie ist genau so [illegible] Menge jetzt dem Stresemann, die sich alles gefallen und bieten lassen muß, weil ihre Macht nur auf dem Papier steht und sie noch immer glaubt, daß dieses Papier sie tragen kann. Sie hat keine Exekutive, keine Kampfmittel und keinen Kampfwillen. Sie soll ein Gebilde verteidigen und zusammenhalten, das innerlich schon vollkommen verfault ist, und dessen kapitalistische Lebensfähigkeit gleich Null ist. Sie erschöpft sich in Phrasen und Aufrufen an das Kleinbürgertum, das sie von seinem Rechtsstandpunkt und seiner biederen Legalität zu überzeugen sucht. Sie sammelt Moral und schleimt sie aus, während die Bourgeoisie handelt. Dies trifft auf die große und die kleine Koalition gleichmäßig zu. Beide sind Produkte eines Gedankens, angepaßt der jeweiligen parlamentarischen Möglichkeit. Der Ministerialismus der KPD. ist vielleicht das wider-